

Arbeitspapier

herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Nr. 44

Wolfram Brunner / Jutta Graf / Viola Neu

PolitikKompass

Analyse der Bürgerschaftswahl in Hamburg vom 23.09.2001

Sankt Augustin, September 2001

Ansprechpartner:

Dr. Stephan Eisel
Leiter der Hauptabteilung
„Innenpolitik und Soziale Marktwirtschaft“
Telefon: 0 22 41/246-630
E-Mail: stephan.eisel@kas.de

Viola Neu / Wolfram Brunner / Jutta Graf
Team „Politische Kommunikation, Parteien-
und Meinungsforschung“
Telefon: 0 22 41/246-249 / -574 / -259
E-Mail: viola.neu@kas.de, wolfram.brunner@kas.de,
jutta.graf@kas.de

Postanschrift:

Konrad-Adenauer-Stiftung, Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin

Inhalt

	Seite
1. Wesentliche Bestimmungsgründe des Wahlergebnisses	1
2. Das Wahlergebnis	4
2.1 Wahlergebnis und Wahlbeteiligung	4
2.2 Die Wählerwanderungsbilanz	16
2.3 Das Wahlverhalten in verschiedenen Bevölkerungsgruppen	19
3. Das Ergebnis in den Stadtteilen	22
3.1 Wahlbeteiligung, Hochburgen, Gewinne und Verluste der Parteien	22
3.2 Das Wahlergebnis nach regionalen und strukturellen Merkmalen	31
4. Die politische Meinungslage im Vorfeld der Wahl	34
4.1 Die Stimmungslage für die Parteien	34
4.2 Die Regierungsbewertung	36
4.3 Die Koalitionspräferenzen	39
4.4 Die wichtigsten politischen Themen	41
4.5 Die Problemlösungskompetenzen der Parteien	42
4.6 Die Bewertung der Spitzenkandidaten	43
5. Anhang	48
5.1 Die Wahlergebnisse seit der Bundestagswahl 1998 im Vergleich	48
5.2 Ausgewählte Indikatoren der politischen Stimmungslage seit der Bundestagswahl 1998 im Vergleich	55

1. Wesentliche Bestimmungsgründe des Wahlergebnisses

Das Ergebnis der Bürgerschaftswahl in Hamburg vom 23. September 2001 ist gekennzeichnet vom Erfolg der „Partei Rechtsstaatlicher Offensive“ des beurlaubten Amtsrichters Ronald Schill und dem Regierungswechsel, der 44 Jahre Regierungszeit der SPD beendet.¹ Beide Volksparteien konnten nicht an die guten Ergebnisse aus früheren Jahren anknüpfen. Sie lagen dicht an den schlechtesten Ergebnissen, die sie je hatten. SPD und CDU verloren in etwa gleichem Umfang Wähler an die Schill-Partei.

Die **CDU** muss zwar Einbußen hinnehmen, diese scheinen aber koalitionstaktisch bedingt zu sein. Nachdem sich im Wahlkampf abzeichnete, dass CDU, FDP und Schill-Partei in einer gemeinsamen Koalition den Regierungswechsel anstreben, verlor die CDU Wähler an die Schill-Partei und an die FDP. Ein Großteil der Hamburger sprach sich für eine Koalition des Bürgerblocks und somit für den politischen Wechsel aus. Die Protest- und Wechselstimmung drückte sich auch in den Kompetenzen der Parteien aus. Bei dem Top-Thema Innere Sicherheit konkurrierte die CDU mit der Schill-Partei. Bei den anderen Top-Themen, Verkehrspolitik und Bildungspolitik, lag die CDU vorn.

Aus der Unzufriedenheit der Hamburger entwickelte sich eine Protest- und Wechselstimmung, von der vor allem die **Schill-Partei** profitierte und die den Regierungswechsel möglich machte. Die Unzufriedenheit der Bürger mit der Verbrechensbekämpfung in Hamburg wurde von Schill zum zentralen Wahlkampfthema erhoben. Dabei kam ihm sein rhetorisches Geschick und seine zuweilen populistische Argumentationsweise zugute. Aufgrund seiner Vergangenheit als streng urteilender Amtsrichter wirkte Schill darüber hinaus als glaubwürdig und durchsetzungsstark. Die Terror-Anschläge auf die USA und die damit zusammenhängende Fahndung nach Attentätern in Hamburg spielten für den Wahlausgang keine entscheidende Rolle; sie haben höchstens den Trend zugunsten Schills gefestigt.

Der in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland einmalige Erfolg der Schill-Partei, die aus dem Stand auf 19,4 Prozent der Stimmen kam, basierte in erster Linie auf dem Versäumnis des regierenden rot-grünen Senats unter Führung des Ersten Oberbürgermeisters Ortwin Runde (SPD), Maßnahmen gegen die hohe Kriminalität, vor allem die Drogen- und Jugendkriminalität, zu ergreifen. Die Bürger waren besorgt und unzufrieden, woran auch die Auswechslung des Innensenators einige Monate vor der Wahl nichts änderte.

¹ Als Basis für die vorliegende Analyse wurden die Wahlberichte und Wahltagsbefragungen von Infratest dimap herangezogen, die uns vorab freundlicherweise zur Verfügung gestellt wurden. Ergebnisse der Forschungsgruppe Wahlen sowie des TNS/EMNID-Instituts wurden wie die Veröffentlichungen des statistischen Landesamtes in Hamburg ebenfalls berücksichtigt.

Bei der Schill-Partei handelt es sich – ähnlich wie bei der STATT-Partei – weniger um eine Partei, denn um eine Single-Issue Bürgerinitiative. Sie ist eine Ein-Themen-Partei, die einen Ein-Themen-Wahlkampf führte. Während sich die STATT-Partei als Alternative zu Parteienfilz und Politikverdrossenheit präsentierte, lebt die Schill-Partei von der Sorge um Kriminalität. Doch noch nie ist es einer Partei oder Bürgerinitiative gelungen, ein zweistelliges Wahlergebnis auf Landesebene zu erzielen. Die Schill-Partei schöpfte aus einem seit Anfang der 90er Jahre in Hamburg existierenden bürgerlichen Protestpotenzial sowie einem Protestpotenzial, das sich gegen etablierte Parteien und deren Filz und Vetternwirtschaft richtete und den unterschiedlichsten Parteien seine Stimme gab (STATT-Partei, DVU, REP). Die Schill-Partei mobilisierte in erster Linie ehemalige Wähler der CDU und der SPD und konnte darüber hinaus auch aus dem Lager der Nichtwähler und der rechtsextremen Parteien Wähler für sich gewinnen. Der Schill-Partei ist es gelungen, in ein Kernkompetenzfeld der CDU einzudringen und hier Wähler auch außerhalb des CDU-Potenzials zu mobilisieren. Dennoch ist die bundespolitische Bedeutung Schills gegenwärtig eher als gering zu bewerten. Ob sich die Partei auf Bundesebene tatsächlich organisieren kann und ob ihr eine bundespolitische Profilierungschance erwächst, ist fraglich.

Bereits 1997 war die **SPD** für ihr - in der Wahrnehmung der Bevölkerung - ungenügendes Handeln im Bereich der Inneren Sicherheit abgestraft worden. Zudem wurde die SPD, die 44 Jahre regierte, mit Vorwürfen von Filz und Vetternwirtschaft konfrontiert. Ortwin Runde hatte keinen über die Parteigrenzen hinweg reichenden Amtsbonus. Die weitgehend reibungslose Zusammenarbeit von Rot-Grün und die eigentlich nicht schlechte Leistungsbilanz in den Bereichen Arbeitsmarkt und Wirtschaftspolitik traten angesichts der auf die Innere Sicherheit bezogenen Protest- und Wechselstimmung völlig in den Hintergrund. Dass die SPD dennoch einen geringfügigen Stimmengewinn verbuchen konnte, lag an Zugewinnen von den Grünen und von ehemaligen Nichtwählern, die wahrscheinlich ein Votum gegen Schill abgeben wollten.

In Hamburg setzte sich der bundesweite Abwärtstrend der **Grünen** fort, der sich in der alten Spaltung der Wählerschaft zwischen Realismus und Fundamentalismus ausdrückt und der auf die sinkende Bedeutung der Umweltschutzthematik zurückzuführen ist. Die Grünen/GAL mussten auch in Hamburg herbe Verluste einstecken, wobei allerdings auch von einer gewissen Normalisierung nach den guten Ergebnissen Mitte der 90er Jahre gesprochen werden kann. Die Grünen konnten sich in der Koalition nicht profilieren. Um eine reibungslose Zusammenarbeit im Senat zu gewährleisten, haben sie verschiedene Großprojekte mitgetragen, die von Teilen ihrer Anhänger nicht akzeptiert wurden, etwa den Bau der vierten Röhre des Elbtunnels, die Zuschüttung eines Landschaftsschutzgebietes im Rahmen der Ausweitung der Airbus-Produktion und die Vertiefung der Elbe für große Containerschiffe. Zudem litten die

Grünen unter der Abspaltung der REGENBOGEN-Partei, die sich im Zusammenhang mit dem Kosovo-Einsatz der Bundeswehr gründete.

Der **FDP** ist es nach zwei Legislaturperioden gelungen – wenn auch ausgesprochen knapp – erneut in die Bürgerschaft einzuziehen. Die FDP ist traditionell in Hamburg nicht sehr stark, da das liberale Bürgertum vielfach in den Wählerschaften der CDU und SPD zu finden ist. Sie konnte sich zwischen CDU, Schill-Partei und SPD nur wenig profilieren. Sie erhielt wahrscheinlich aus koalitionstaktischen Überlegungen Unterstützung von ehemaligen CDU-Wählern.

Der Anstieg der **Wahlbeteiligung** ist auf den durch Schill polarisierten Wahlkampf zurückzuführen. Durch diese Polarisierung wurde auch den rechtsextremen Parteien und anderen bürgerlichen Protestparteien der Boden entzogen.

2. Das Wahlergebnis

2.1 Wahlergebnis und Wahlbeteiligung

Das Abschneiden der Parteien wird bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg von einer seit Beginn der 90er Jahre für Hamburg spezifischen Entwicklung entscheidend geprägt. Die beiden Volksparteien haben ihre Vormachtstellung eingebüßt, während die kleineren Parteien einen deutlichen Aufschwung erfahren haben. Bis 1991 entschieden sich jeweils über 80 Prozent der Wähler für SPD oder CDU. Seit 1991 werden sie nur noch von etwa zwei Drittel der Wähler unterstützt.

Dabei konnten in Hamburg sehr unterschiedliche Parteien von dem wechselnden Wahlverhalten profitieren. Dies waren u.a. die Grünen, die 1986, 1993 und 1997 zweistellige Wahlergebnisse vorweisen konnten. Aber auch Parteien der extremen Rechten sind zweimal nur knapp an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert: 1993 die REP mit 4,8 Prozent und 1997 die DVU mit 4,9 Prozent. Zudem konnten auch andere kleinere Parteien mit z.T. skurrilen politischen Vorstellungen Protestwähler mobilisieren (z.B. 1997 die Anarchistische Pogo-Partei Deutschlands, APPD, die 0,5 Prozent der Stimmen erhielt). Doch neben den exotischen Parteien am Rande des politischen Spektrums ist für Hamburg ein Phänomen charakteristisch, das 2001 zum rasanten Aufstieg der Schill-Partei führte: der bürgerliche Protest. 1993 zog spektakulär die STATT-Partei mit 5,6 Prozent der Stimmen in die Bürgerschaft ein, die von der Politikverdrossenheitswelle getragen wurde. 1997 verfehlte sie mit 3,8 Prozent der Stimmen zwar die Fünf-Prozent-Hürde, dafür gelang es 2001 der Schill-Partei aus dem Stand in die Bürgerschaft einzuziehen und dies in einer Größe, die noch nie von einer (bürgerlichen) Protestpartei erreicht wurde (19,4 Prozent). Nachdem sich in den 60er Jahren der Konzentrationsprozess der Volksparteien bundesweit vollzogen hatte,² ist es seit den Grünen nur noch der rechtsextremen DVU gelungen (1998 bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 12,9 Prozent), zweistellige Ergebnisse zu erzielen.

Die **CDU** kam auf 26,2 Prozent der Stimmen. Damit verlor sie gegenüber der Wahl von 1997 4,5 Prozentpunkte (ca. 29,5 Tsd. Stimmen). In der Bürgerschaft wird sie mit 33 Mandaten vertreten sein (-13).

² Zum Vergleich: 1950 erreichte die Bayernpartei 17,6 Prozent und der Deutsche Gemeinschaftsblock der Heimatvertriebenen und Entrechteten 12,2 Prozent bei der Landtagswahl in Bayern. Die Deutsche Partei konnte in Bremen 1951 14,7 Prozent, 1955 16,6 Prozent und 1959 14,5 Prozent der Wähler erreichen. In Niedersachsen kam der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten 1951 auf 14,9 Prozent und 1954 in Schleswig-Holstein auf 14,0 Prozent. Die KPD konnte z.B. in Nordrhein-Westfalen 1947 14,0 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen (auch in anderen Bundesländern kam sie bis Anfang der 50er Jahre auf z.T. zweistellige Ergebnisse).

Trotz minimaler Gewinne ist die **SPD** der eigentliche Verlierer der Wahl, da sie nach einer 44-jährigen Regierungszeit in die Opposition gehen muss. Die SPD gewinnt 0,3 Prozentpunkte hinzu und kommt auf 36,5 Prozent. Sie gewann 12 Tsd. Wähler. Sie wird mit 46 Mandaten (-8) in die Bürgerschaft einziehen.

Die **FDP** ist zum ersten Mal seit 1991 wieder in der Bürgerschaft vertreten. Sie konnte mit 5,1 Prozent knapp die Fünf-Prozent-Hürde überspringen (+1,6 Punkte) und wird mit 6 Abgeordneten in der Bürgerschaft vertreten sein. Die FDP konnte 14,5 Tsd. Stimmen zusätzlich mobilisieren.

Die **Grünen/GAL** büßten 4,3 Prozentpunkte ein und wurden von 8,5 Prozent der Wähler unterstützt. Sie verlieren 10 Mandate und können mit 11 Abgeordneten in die Bürgerschaft einziehen. Seit 1998 konnten die Grünen nur bei einer Landtagwahl (minimale) Gewinne verzeichnen. Dies war bei der Landtagwahl in Nordrhein-Westfalen 2000 (+0,2 Punkte). In allen anderen Ländern büßten sie Wählerstimmen ein.

Der **Schill-Partei** (Partei Rechtsstaatlicher Offensive) ist nicht nur der Einzug in die Bürgerschaft gelungen. Mit 19,4 Prozent hat sie das beste Wahlergebnis erzielt, das eine Single-Issue-Partei jemals in der Bundesrepublik auf Länderebene erreicht hat. Sie wird 25 Abgeordnete in der Bürgerschaft stellen.

Die **sonstigen Parteien** haben Verluste zu verzeichnen. Die STATT-Partei, die 1993 als bürgerliche Protestpartei in die Bürgerschaft eingezogen war, ist mit einem Anteil von 0,4 Prozent (-3,4 Prozentpunkte) in die politische Bedeutungslosigkeit abgesunken. Auch die rechts-extremen Parteien, die 1993 (REP: 4,8 Prozent) und 1997 (DVU: 4,9 Prozent) nur knapp an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterten, haben nur noch die Größe von Splitterparteien (REP: 0,1 Prozent; DVU: 0,7 Prozent). Die PDS, die in Hamburg bei der Bundestagswahl 1998 relativ gut abschnitt (2,3 Prozent), muss ebenfalls Verluste hinnehmen (-0,3 Punkte) und erreicht noch 0,4 Prozent der Wähler. Damit haben die Hoffnungen auf eine Westausdehnung der PDS einen Rückschlag erhalten.

Die **Wahlbeteiligung** ist um 2,3 Punkte auf 71 Prozent angestiegen. Dies bricht den seit der Bundestagswahl 1998 bestehenden Trend sinkender Wahlbeteiligungen. Außer bei der Landtagwahl in Sachsen und Hessen sank die Wahlbeteiligung bei allen Wahlen z.T. beträchtlich. Das Ansteigen der Wahlbeteiligung ist auf einen polarisierten Wahlkampf (Rot-Grün gegen Schill) zurückzuführen.

Beiden **Volksparteien** ist es erneut nicht gelungen, an frühere Wahlergebnisse anzuknüpfen. Sei den ersten Wahlen zur Bürgerschaft 1946 hat die SPD nur 1997 (mit 36,2 Prozent)

schlechter abgeschnitten als 2001 (36,5 Prozent). Aber auch die CDU hat eines der schwächsten Wahlergebnisse der Nachkriegszeit erzielt. Nur 1946 (26,7 Prozent) und 1993 (25,1 Prozent) erhielt sie ähnlich geringen Zuspruch wie 2001 (26,2 Prozent).

Aufgrund des Einzugs der Schill-Partei und der FDP in die Bürgerschaft, müssen die 1997 in der Bürgerschaft vertretenen Parteien (CDU, SPD und Grüne/GAL) einen proportional stärkeren Verlust an Mandaten hinnehmen als das relative Abschneiden der Parteien nahe legt. Selbst die SPD, die Stimmen hinzugewann, muss auf 8 Mandate verzichten. 1997 wurden 80,7 Prozent der abgegebenen Stimmen durch Parteien in der Bürgerschaft repräsentiert. 2001 werden 95,7 Prozent der Wähler durch Parteien vertreten.

 Vergleich der Bürgerschaftswahlergebnisse 2001- 1997 in Hamburg¹⁾

	2001		1997		Veränderung 2001-1997	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%-Punkte
Wahlberechtigte	1.208.478	X	1.211.288	X	-2.810	X
Wähler	857.852	71,0	831.913	68,7	25.939	2,3
Gültige Stimmen	850.311	X	822.931	X	27.380	X
SPD	310.338	36,5	298.218	36,2	12.120	0,3
CDU	222.890	26,2	252.354	30,7	-29.464	-4,5
GRÜNE/GAL	72.655	8,5	114.776	13,9	-42.121	-5,4
DVU	6.043	0,7	40.957	4,9	-34.914	-4,2
STATT-Partei	3.504	0,4	31.401	3,8	-27.897	-3,4
FDP	43.196	5,1	28.664	3,5	14.532	1,6
REP	574	0,1	15.207	1,8	-14.633	-1,7
GRAUE	2.087	0,2	6.033	0,7	-3.946	-0,5
PDS Hamburg ²⁾	3.297	0,4	5.354	0,7	-2.057	-0,3
Pro DM	1.525	0,2			1.525	0,2
PBC	1.057	0,1	1.382	0,2	-325	-0,1
FSU	122	0,0			122	0,0
Senioren	1.505	0,2			1.505	0,2
Schill	165.118	19,4			165.118	19,4
REGENBOGEN	14.190	1,7			14.190	1,7
FamilienPower	2.025	0,2			2.025	0,2
PLOH	185	0,0			185	0,0
BFB			10.914	1,3	-10.914	-1,3
für KINDER			4.083	0,5	-4.083	-0,5
APPD			3.754	0,5	-3.754	-0,5
Die Tierschutzpartei			3.128	0,4	-3.128	-0,4
UDP			1.690	0,2	-1.690	-0,2
NPD			1.107	0,1	-1.107	-0,1
BIG			928	0,1	-928	-0,1
dja			916	0,1	-916	-0,1
NATURGESETZ			699	0,1	-699	-0,1
ST.PAULI			439	0,1	-439	-0,1
ödp			373	0,0	-373	0,0
DP			309	0,0	-309	0,0
BüSo			129	0,0	-129	0,0
W.I.R.			116	0,0	-116	0,0

 1) 2001 = vorläufiges Ergebnis

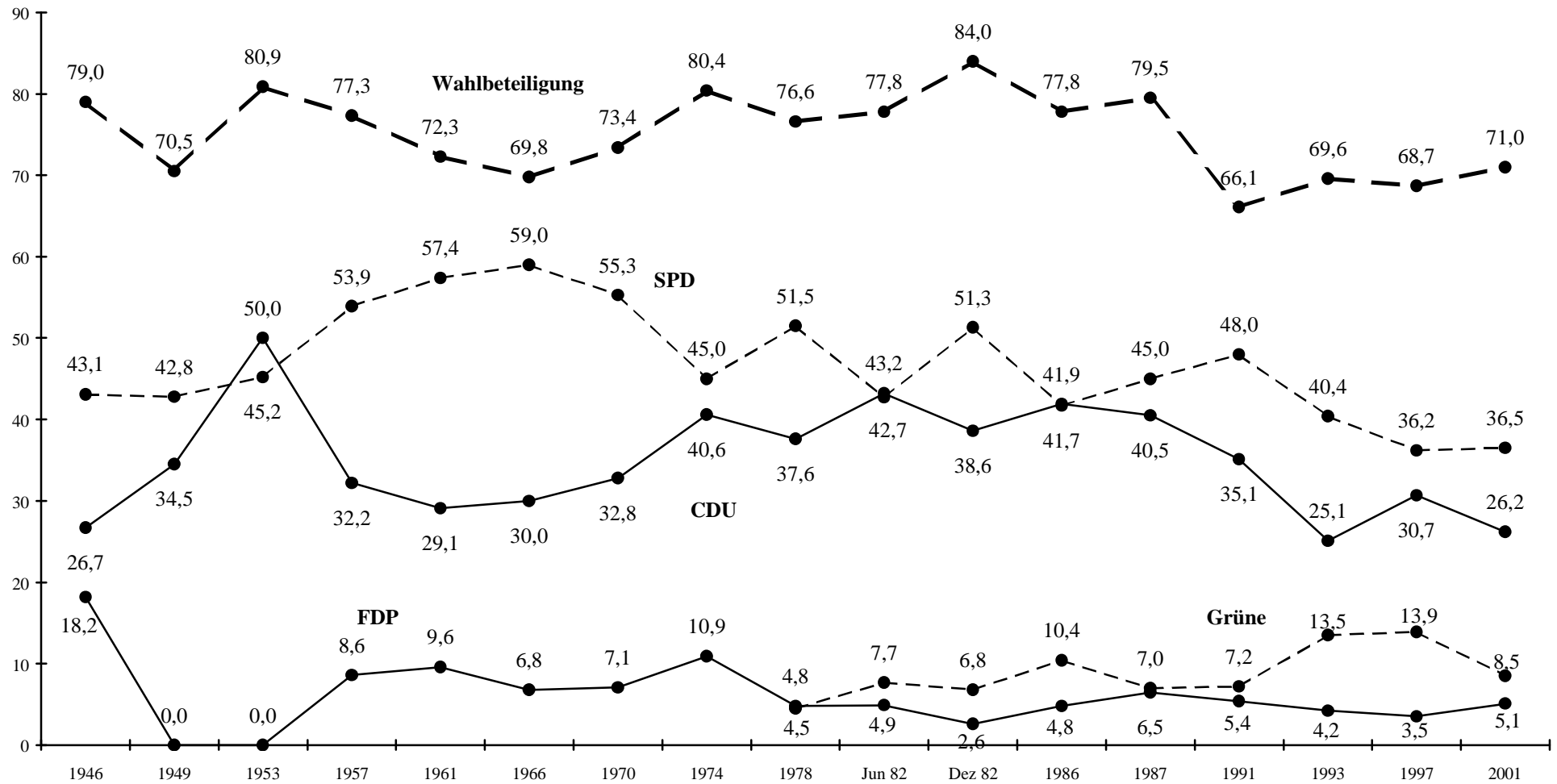
2) 1997 PDS/Linke Liste

SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
GRÜNE/GAL	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Landesverband Hamburg, Grün-Alternative Liste
DVU	DEUTSCHE VOLKSUNION
STATT-Partei	STATT Partei DIE UNABHÄNGIGEN
FDP	Freie Demokratische Partei
REP	DIE REPUBLIKANER
GRAUE	DIE GRAUEN - Graue Panther
PDS Hamburg	Partei des Demokratischen Sozialismus Landesverband Hamburg
PDS/Linke Liste	Partei des demokratischen Sozialismus / Linke Liste
Pro DM	Pro Deutsche Mitte - Initiative Pro D-Mark

Fortsetzung nächste Seite

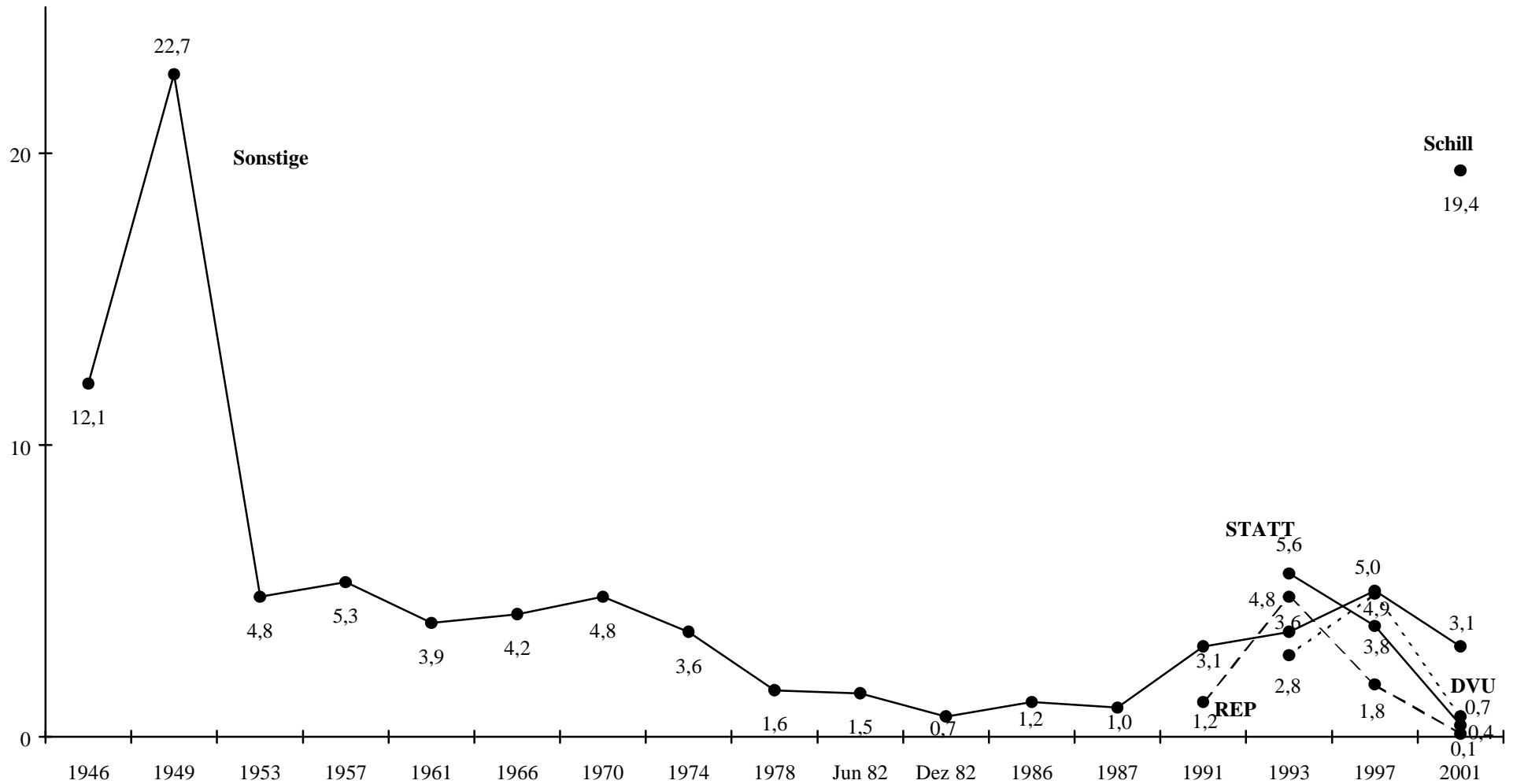
PBC	Partei Bibeltreuer Christen
FSU	FREISOZIALE UNION - Demokratische Mitte
Senioren	Menschenrechte und Würde für Senioren und gegen den Mißbrauch durch Pflegedienste und Betreuer - Einzelbewerberin
Schill	Partei Rechtsstaatlicher Offensive
REGENBOGEN	REGENBOGEN - Für eine neue Linke
FamilienPower	FamilienPower
PLOH	Politisch Liberale Offensive für Hamburg
BFB	Bund Freier Bürger - Die Freiheitlichen
für KINDER	Zukunft für alle Kinder
APPD	Anarchistische Pogo-Partei Deutschlands
Die Tierschutzpartei	Mensch Umwelt Tierschutz
UDP	Unternehmen Deutschland ... Eine Partei für alle
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
BIG	B.I.G. Fluglärm Wahlbündnis e.V.
dja	Die jungen Alten
NATURGESETZ	NATURGESETZ PARTEI, AUFBRUCH ZU NEUEM BEWUSSTSEIN
ST. PAULI	ST. PAULI
ödp	Ökologisch-Demokratische Partei
DP	DEUTSCHE PARTEI
BüSo	Bürgerrechtsbewegung Solidarität
W.I.R.	W.I.R. - Wähler interessierter Reformier

Wahlbeteiligung und Stimmenanteile bei Bürgerschaftswahlen in Hamburg



2001: Vorläufiges Endergebnis

Fortsetzung: Wahlbeteiligung und Stimmenanteile bei Bürgerschaftswahlen in Hamburg



2001:Vorläufiges Endergebnis

Bürgerschaftswahlen in Hamburg
(in Prozent)

	Wahl- beteilig.	CDU	SPD	FDP	GRÜNE / GAL	STATT- Partei	DVU	REP	Schill- Partei	Sonstige
1946	79,0	26,7	43,1	18,2						12,1 ¹⁾
1949	70,5	34,5 ²⁾	42,8	-						22,7 ³⁾
1953	80,9	50,0 ⁴⁾	45,2	-						4,8
1957	77,3	32,2	53,9	8,6						5,3
1961	72,3	29,1	57,4	9,6						3,9
1966	69,8	30,0	59,0	6,8						4,2
1970	73,4	32,8	55,3	7,1						4,8
1974	80,4	40,6	45,0	10,9						3,6
1978	76,6	37,6	51,5	4,8	4,5 ⁵⁾					1,6
Jun 82	77,8	43,2	42,7	4,9	7,7 ⁶⁾					1,5
Dez 82	84,0	38,6	51,3	2,6	6,8 ⁶⁾					0,7
1986	77,8	41,9	41,7	4,8	10,4					1,2
1987	79,5	40,5	45,0	6,5	7,0					1,0
1991	66,1	35,1	48,0	5,4	7,2			1,2		3,1
1993	69,6	25,1	40,4	4,2	13,5	5,6	2,8	4,8		3,6
1997	68,7	30,7	36,2	3,5	13,9	3,8	4,9	1,8		5,0
2001	71,0	26,2	36,5	5,1	8,5	0,4	0,7	0,1	19,4	3,1

Veränderungen gegenüber der Vorwahl in Prozentpunkten

1946	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1949	-8,5	7,8	-0,3	-18,2	-	-	-	-	-	10,6
1953	10,4	15,5	2,4	-	-	-	-	-	-	-17,9
1957	-3,6	-17,8	8,7	8,6	-	-	-	-	-	0,5
1961	-5,0	-3,1	3,5	1,0	-	-	-	-	-	-1,4
1966	-2,5	0,9	1,6	-2,8	-	-	-	-	-	0,3
1970	3,6	2,8	-3,7	0,3	-	-	-	-	-	0,6
1974	7,0	7,8	-10,3	3,8	-	-	-	-	-	-1,2
1978	-3,8	-3,0	6,5	-6,1	4,5	-	-	-	-	-2,0
Jun 82	1,2	5,6	-8,8	0,1	3,2	-	-	-	-	-0,1
Dez 82	6,2	-4,6	8,6	-2,3	-0,9	-	-	-	-	-0,8
1986	-6,2	3,3	-9,6	2,2	3,6	-	-	-	-	0,5
1987	1,7	-1,4	3,3	1,7	-3,4	-	-	-	-	-0,2
1991	-13,4	-5,4	3,0	-1,1	0,2	-	-	1,2	-	2,1
1993	3,5	-10,0	-7,6	-1,2	6,3	5,6	2,8	3,6	-	0,5
1997	-0,9	5,6	-4,2	-0,7	0,4	-1,8	2,1	-3,0	-	1,4
2001	2,3	-4,5	0,3	1,6	-5,4	-3,4	-4,2	-1,7	19,4	-1,9

2001 = vorläufiges Ergebnis

- 1) Darunter: 10,4 % KPD
- 2) Vaterstädtischer Bund Hamburg (CDU, FDP, DKonP)
- 3) Darunter: 13,3 % DP, 7,4 % KPD, 2,0 % RSF
- 4) Hamburg-Block (CDU, FDP, DP)
- 5) Bunte Liste 3,5 % und GLU 1,0 %
- 6) Grün-Alternative Liste

Sitzverteilung in Hamburg

	CDU	SPD	FDP	GRÜNE / GAL	STATT- Partei	Schill- Partei	Sonstige	Sitze ins- gesamt
1946	16	83	7	-	-	-	4 ¹⁾	110
1949	40 ²⁾	65	-	-	-	-	15 ³⁾	120
1953	62 ⁴⁾	58	-	-	-	-	-	120
1957	41	69	10	-	-	-	-	120
1961	36	72	12	-	-	-	-	120
1966	38	74	8	-	-	-	-	120
1970	41	70	9	-	-	-	-	120
1974	51	56	13	-	-	-	-	120
1978	51	69	-	-	-	-	-	120
Jun 82	56	55	-	9 ⁵⁾	-	-	-	120
Dez 82	48	64	-	8 ⁵⁾	-	-	-	120
1986	54	53	-	13	-	-	-	120
1987	49	55	8	8	-	-	-	120
1991	44	61	7	9	-	-	-	121
1993	36	58	-	19	8	-	-	121
1997	46	54	-	21 ⁶⁾	-	-	-	121
2001	33	46	6	11	-	25	-	121

2001 = Vorläufiges Endergebnis

1) KPD

2) Vaterstädtischer Bund Hamburg (CDU, FDP, DKonP)

3) Davon: 9 Sitze DP, 5 Sitze KPD, 1 Sitz RSF

4) Hamburg-Block (CDU, FDP, DP)

5) Grün-Alternative Liste

6) Im Mai 1999 Abspaltung von 5 Abgeordneten als "REGENBOGEN - Für eine neue Linke"

Gewählte Bürgerschaftsmitglieder in Hamburg am 23. September 2001

Für die SPD:

Runde, Ortwin
 Stapelfeldt, Dorothee
 Dr. Christier, Holger
 Pumm, Erhard
 Özoguz, Aydan
 Brinkmann, Petra
 Hilgers, Andrea
 Dr. Schaal, Monika
 Zuckerer, Walter
 Wagner, Eugen
 Egloff, Ingo
 Schulz, Rüdiger
 Dobritz, Werner
 Duden, Barbara
 Schäfer, Martin
 Rogalski-Beeck, Karin
 Ernst, Britta
 Bestmann, Tanja
 Frank, Günter
 Dräger, Gesine
 Cords, Ingrid
 Klooß, Rolf-Dieter
 Kiausch, Elisabeth
 Pape, Ute
 Neumann, Michael
 Ehlers, Jan
 Brüning, Barbara
 Polle, Rolf
 Wehnert, Wolf-Gerhard
 Grund, Uwe
 Dose, Michael
 Scheurell, Wolf-Dieter
 Buß, Wilfried
 Petersen, Mathias
 Kleist, Ingo
 Scherweit-Müller, Heidemarie

Fiedler, Luisa
 Rosenfeldt, Jenspeter
 Kahlbohm, Holger
 Stöckl, Ingrid
 Kerlin, Simone
 Schmidt, Jürgen
 Kienscherf, Dirk
 Quast, Jan
 Schade, Renate
 Böwer, Thomas

Für die CDU:

von Beust, Ole
 Prof. Dr. Salchow, Roland
 Blumenthal, Antje
 Röder, Berndt
 Ahrons, Barbara
 Ehlers, Karl-Heinz
 Koop, Karen
 Klimke, Jürgen
 Mehlfeldt, Jürgen
 Reinert, Bernd
 Dr. Freytag, Michael
 Lenders, Joachim
 Harlinghausen, Rolf
 Pawlowski, Bettina
 Rusche, Dietrich
 Kruse, Rolf
 Dr. Schulz, Stefan
 Roock, Hans-Detlef
 Dr. Mattner, Andreas
 Tants, Henning
 Lüdemann, Carsten
 Schira, Frank
 Gienow, Hanna

Beuß, Wolfgang
 Ploog, Wolfhard
 Niedmers, Ralf
 Thomas, Elke
 Spethmann-Berssenbrügge
 Dr. Stehr, Hermann Diethelm
 Okun, Volker
 Engels, Hartmut
 Wersich, Dietrich
 Kruse, Rüdiger

Für die GRÜNE/GAL:

Sager, Krista
 Porschke, Alexander
 Möller, Antje
 Dr. Maier, Willfried
 Goetsch, Christa
 Mahr, Manfred
 Hajduk, Anja
 Müller, Farid
 Dr. Lappe, Verena
 Maaß, Christian
 Dr. Freudenberg, Dorothee

Für die FDP:

Lange, Rudolf
 Pauly, Rose-Felicitas
 Schrader, Leif
 Rumpf, Ekkehard
 Müller-Sönksen, Burkhardt
 Dr. Schinnenburg, Wieland

Fortsetzung: Gewählte Bürgerschaftsmitglieder in Hamburg am 23. September 2001**Für die Schill-Partei:**

Schill, Ronald Barnabas

Mettbach, Mario

Frühauf, Norbert

Freund, Katrin

Nockemann, Dirk

Silberbach, Manfred

Adolphi, Bodo Theodor

Bauer, Frank-Michael

Gonska, Manfred

Winkler, Karl-Heinz

Müller, Peter

Rutter, Rolf Gerhard

Rehaag, Peter

Kasdepke, Ilona

Barth-Völkel, Wolfgang

Zwengel, Horst

Weber, Karina

Schenk, Robin

Riemann, Hagen

Hardenberg, Gerd

Müller, Stephan

Schaube, Reinhold J. W.

Wohlers, Reiner

Butenschön, Gunnar

Lorkowski, Peter

Ergebnisse der Wahlen in Hamburg seit 1990
in absoluten Stimmen

Jahr	Wahlbe- rechtigte	Wähler	Gültige Stimmen	CDU	SPD	Grüne / GAL	FDP	PDS	REP	DVU	STATT- Partei	Schill- Partei	Regen- bogen	Sonstige
BT 1990	1.263.637	988.556	980.727	359.333	402.530	56.906	117.293	10.358	16.911	-	-	-	-	27.754
BÜ 1991	1.256.147	830.776	819.773	287.467	393.414	59.262	44.460	3.707	9.959	-	-	-	-	25.211
BÜ 1993	1.240.259	863.190	844.902	212.186	341.688	114.263	35.236	-	40.856	23.618	46.894	-	-	30.161
EU 1994	1.245.025	644.190	637.112	204.760	220.503	117.417	23.419	8.919	19.671	-	11.670	-	-	39.672
BT 1994	1.241.912	990.362	982.800	343.398	389.857	123.571	71.119	21.996	16.582	-	-	-	-	38.273
BÜ 1997	1.211.288	831.913	822.931	252.354	298.218	114.776	28.664	5.354	15.207	40.957	31.401	-	-	41.354
BT 1998	1.213.821	984.644	973.361	291.756	445.276	104.658	62.835	22.603	5.562	20.601	-	-	-	42.673
EU 1999	1.208.699	447.049	443.263	178.149	164.705	53.082	14.849	14.734	4.352	-	-	-	-	13.392
BÜ 2001	1.208.478	857.852	850.311	222.890	310.338	72.655	43.196	3.297	574	6.043	3.504	165.118	14.190	8.506

in Prozent

BT 1990	1.263.637	78,2	980.727	36,6	41,0	5,8	12,0	1,1	1,7	-	-	-	-	2,8
BÜ 1991	1.256.147	66,1	819.773	35,1	48,0	7,2	5,4	0,5	1,2	-	-	-	-	3,1
BÜ 1993	1.240.259	69,6	844.902	25,1	40,4	13,5	4,2	-	4,8	2,8	5,6	-	-	3,6
EU 1994	1.245.025	51,7	637.112	32,1	34,6	18,4	3,7	1,4	3,1	-	1,8	-	-	6,2
BT 1994	1.241.912	79,7	982.800	34,9	39,7	12,6	7,2	2,2	1,7	-	-	-	-	3,9
BÜ 1997	1.211.288	68,7	822.931	30,7	36,2	13,9	3,5	0,7	1,8	4,9	3,8	-	-	5,0
BT 1998	1.213.821	81,1	973.361	30,0	45,7	10,8	6,5	2,3	0,6	2,1	-	-	-	4,4
EU 1999	1.208.699	37,0	443.263	40,2	37,2	12,0	3,3	3,3	1,0	-	-	-	-	3,0
BÜ 2001	1.208.478	71,0	850.311	26,2	36,5	8,5	5,1	0,4	0,1	0,7	0,4	19,4	1,7	1,0

2.2 Die Wählerwanderungsbilanz

Zu den wichtigsten Fragen des Wähleraustausches zwischen den Parteien zählt die Frage nach der Herkunft der Wählerschaft der **Schill-Partei**. Die Herkunft der Wähler verdeutlicht, dass es sich bei der Schill-Partei überwiegend um ein Phänomen bürgerlichen Protestes handelt. Der Erfolg der Schill-Partei ist im wesentlichen auf vier Säulen zurückzuführen: Ehemalige Wähler der CDU (37.000), SPD (36.000) und der Mobilisierung von Nichtwählern (31.000). Zudem konnte sie ehemalige Wähler der Rechten (22.000) gewinnen und von dem Niedergang der STATT-Partei (9.000) profitieren. Etwa 44 Prozent der Wähler der Schill-Partei haben bei der letzten Wahl für eine der beiden Volksparteien gestimmt.

Bei der **CDU** ergibt sich ein interessantes Muster der Wählerwanderung. Die CDU gab in erheblichem Umfang Leihstimmen an die potentiellen Koalitionspartner Schill-Partei und FDP ab und gewann dafür im Gegenzug von allen anderen Parteien Wähler hinzu. Allerdings reichten die Zugewinne nicht aus, die Verluste auszugleichen. Die meisten ehemaligen Wähler gab die CDU an die Schill-Partei ab (-37.000), weitere 4.000 Wähler verlor sie an die FDP. Von der STATT-Partei konnte die CDU 8.000 Wähler gewinnen, von der SPD 3.000, von der GAL 5.000 und von den Rechten Parteien 5.000. Zusätzlich stimmten 5.000 ehemalige Nichtwähler für die CDU.

Bei minimalen Zugewinnen hat sich die Wählerschaft der SPD erheblich verändert. Die größten Verluste der **SPD** gingen zu Gunsten der Schill-Partei. Hier verlor die SPD 36.000 Wähler. An die CDU verlor die SPD 3.000 Wähler. Die SPD profitierte stark von Wechselwählern der GAL (+22.000). Von den Rechten Parteien gewann sie 6.000 Wähler, von der STATT-Partei 3.000 Wähler. Von der gestiegenen Wahlbeteiligung hat die SPD ebenfalls profitiert. Aus dem Nichtwählerlager gewann sie 16.000 Stimmen.

Das schlechte Abschneiden der **Grünen** bei der Bürgerschaftswahl ist in erster Linie auf Abwanderung ehemaliger Grünen-Wähler zur SPD zurückzuführen (-22.000). In geringerem Ausmaß verlor die GAL auch an die CDU (-5.000), die Schill-Partei (-4.000), die FDP (-2.000) und an die sonstigen Parteien (-4.000). Bei den Verlusten an die sonstigen Parteien handelt es sich wahrscheinlich um Wähler von „Regenbogen“, einer Abspaltung der GAL.

Die **FDP** musste zwar auch an die Schill-Partei ehemalige Wähler abgeben (-3.000), konnte aber von allen anderen Parteien ehemalige Wähler gewinnen. So wechselten 4.000 ehemalige CDU-Wähler zur FDP, 2.000 Wähler der GAL und 2.000 Wähler der STATT-Partei.

Die **Rechten Parteien** und die **STATT-Partei** sind die Verlierer der Wahl, deren Wählerschaften sich fast gänzlich aufgelöst haben. Die Rechten verloren vor allem Wähler an die

Schill-Partei (-22.000). Die STATT- Partei musste in erster Linie an die CDU (-8.000) und die Schill-Partei (-9.000) Wähler abgeben.

Von der gestiegenen **Wahlbeteiligung** profitierte die Schill-Partei am stärksten (+31.000). Aber auch für die Sozialdemokraten stimmten 16.000 ehemalige Nichtwähler.

Wählerwanderungsbilanz in Hamburg
Stimmengewinne und –verluste im Saldo (spaltenweise)

	CDU	SPD	Grüne / GAL	FDP	Schill-Partei
Austausch mit					
CDU	-	- 3.000	- 5.000	+ 4.000	+ 37.000
SPD	+ 3.000	-	- 22.000	0	+ 36.000
GAL	+ 5.000	+ 22.000	-	+ 2.000	+ 4.000
FDP	- 4.000	0	- 2.000	-	+ 3.000
Schill-Partei	- 37.000	- 36.000	- 4.000	- 3.000	-
DVU / REP	+ 5.000	+ 6.000	0	+ 1.000	+ 22.000
STATT-Partei	+ 8.000	+ 3.000	+ 1.000	+ 2.000	+ 9.000
Sonstige	+ 1.000	+ 6.000	- 4.000	+ 1.000	+ 7.000
Nichtwähler	+ 5.000	+ 16.000	- 1.000	+ 4.000	+ 31.000
Erstwähler/Verstorbene	- 14.000	- 8.000	0	0	+ 5.000
Zu-/Fortgezogene	- 1.000	+ 4.000	- 5.000	+ 4.000	+ 11.000
Insgesamt	- 29.000	+ 10.000	- 42.000	+ 15.000	+ 165.000

Quelle: Infratest dimap, Wahltagsbefragungen 2001 und 1997

Lesebeispiel: Die CDU gewinnt im Saldo 3.000 ehemalige Wähler der SPD und 5.000 ehemalige Wähler der GAL. Sie verliert im Saldo 4.000 ehemalige Unionswähler an die FDP und 37.000 ehemalige Unionswähler an die Schill-Partei. Sie gewinnt darüber hinaus im Saldo 5.000 ehemalige DVU/REP-Wähler, 8.000 ehemalige Wähler der STATT-Partei und 1.000 ehemalige Wähler anderer Parteien. Zusätzlich gewinnt die CDU im Saldo 5.000 ehemalige Nichtwähler, verliert durch Mortalität 14.000 ehemalige Unionswähler sowie durch Fortzug 1.000 weitere ehemalige Unionswähler.

2.3 Das Wahlverhalten in verschiedenen Bevölkerungsgruppen

Die Wählerschaft der **SPD** in Hamburg hat insgesamt eine eher ausgewogene Altersstruktur. Größere Unterschiede ergeben sich im Abstimmungsverhalten der Geschlechter. Ältere männliche Wähler (über 60 Jahre) sind in der Wählerschaft eher unterrepräsentiert. Die weiblichen jüngeren und mittleren Altersgruppen stimmen hingegen überproportional häufig für die SPD. Die SPD dürfte vor allem in der Altersgruppe der 25- bis 34-jährigen Frauen von der Abwanderung von der GAL profitiert haben. Das soziale Profil der SPD hat sich nivelliert. Sie gewann vor allem Wähler mit hoher Bildung, Beamte und Wähler, die sich in einer Ausbildung befinden, hinzu. Dies dürften vor allem Wähler sein, die von den GAL abwanderten. Zudem konnte sie auch überdurchschnittliche Zugewinne bei Selbständigen verzeichnen. Abgewandert sind vor allem Arbeitslose, aber auch Arbeiter und Wähler mit niedriger Bildung.

Die **CDU** hat ihre stärkste Bastion bei den älteren Männern und Frauen. Doch gerade in den mittleren (45 – 59 Jahre) und den älteren (über 60 Jahre) Jahrgänge hat sie die stärksten Verluste zu verzeichnen. Hierbei scheint es sich um Wähler zu handeln, die zur Schill-Partei wechselten. Die CDU verlor überdurchschnittlich viele Selbständige, Beamte, Katholiken und Wähler mit einem mittleren Bildungsniveau.

Die Altersstruktur der **GAL**-Anhängerschaft hat sich durch die starken Verluste erheblich verändert. Die GAL hat in den jüngeren und mittleren Altersgruppen erheblich an Unterstützung eingebüßt, während ihr die älteren Wähler (ab 45 Jahre) eher treu geblieben sind. Nur etwa die Hälfte der Wähler, die zwischen 18 und 34 Jahre alt sind, stimmten erneut für die GAL. Zwar ist das Bildungsniveau der Wähler der GAL nach wie vor überdurchschnittlich hoch, gleichermaßen verlor sie in dieser Gruppe auch die meisten Wähler. Ebenso verhält es sich in der Gruppe der Beamten und derjenigen, die sich in einer Ausbildung befinden. Zwar sind dies noch die Bastionen der Partei, allerdings hat sie hier auch die meisten Wähler verloren.

Die **Schill-Partei** fand bei Männern mehr Anhänger als bei Frauen. Vor allem ältere Männer stimmten überproportional häufig für sie, während sie bei den Frauen, die zwischen 25 und 44 Jahre alt sind, die geringste Unterstützung fand. Die Schill-Partei weist ein starkes Bildungsgefälle auf. Personen mit niedriger Bildung stimmen doppelt so häufig für diese Partei wie Personen mit hoher Bildung. Stark überrepräsentiert sind Arbeiter und - wenn auch auf niedrigerem Niveau – Rentner.

 Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht 2001 und Vergleich mit 1997

Alter Von ... bis Jahren	CDU		SPD		GAL		FDP		Schill-Partei	
	2001	01-97	2001	01-97	2001	01-97	2001	01-97	2001	01-97
Endergebnis	26,2	- 4,5	36,5	+ 0,3	8,5	- 5,4	5,1	+ 1,6	19,4	+ 19,4
	Männer und Frauen (in %)									
18 – 24	21	- 1	37	+ 2	9	- 10	6	+ 2	19	+ 19
25 – 34	22	- 1	38	+ 5	14	- 12	5	+ 3	16	+ 16
35 – 44	22	+ 1	38	+ 1	14	- 11	4	+ 2	17	+ 17
45 – 59	24	- 9	37	- 1	10	- 2	6	+ 2	21	+ 21
60 und mehr	34	- 7	35	- 2	2	- 1	5	+ 1	22	+ 22
	Männer (in %)									
18 – 24	20	- 3	35	+ 3	8	- 7	7	+ 2	22	+ 22
25 – 34	21	- 4	36	+ 5	12	- 9	6	+ 3	20	+ 20
35 – 44	23	+ 1	35	- 1	11	- 11	5	+ 3	21	+ 21
45 – 59	23	- 7	34	- 3	10	- 1	6	+ 2	23	+ 23
60 und mehr	30	- 7	31	- 4	2	- 2	8	+ 3	26	+ 26
Männer gesamt	25	- 5	34	- 1	8	- 5	6	+ 3	23	+ 23
	Frauen (in %)									
18 – 24	22	+ 3	39	+ 2	11	- 12	5	+ 2	17	+ 17
25 – 34	22	+ 2	41	+ 7	15	- 15	4	+ 1	12	+ 12
35 – 44	21	+ 0	41	+ 3	16	- 11	3	+ 1	14	+ 14
45 – 59	24	- 10	39	+ 1	10	- 3	5	+ 2	18	+ 18
60 und mehr	36	- 7	37	+ 0	3	- 1	4	- 1	19	+ 19
Frauen gesamt	27	- 4	39	+ 2	9	- 6	4	+ 1	17	+ 17

 Quelle: Infratest dimap, Wahltagsbefragungen 2001 und 1997

Die Daten sind gewichtet nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis.

Wahlverhalten nach Bildung, Beruf, Konfession und Gewerkschaftsmitgliedschaft 2001
und Veränderung gegenüber 1997

	CDU		SPD		GAL		FDP		Schill-Partei	
	2001	01-97	2001	01-97	2001	01-97	2001	01-97	2001	01-97
Endergebnis	26,2	- 4,5	36,5	+ 0,3	8,5	- 5,4	5,1	+ 1,6	19,4	+ 19,4
Schulbildung										
Hoch	24	- 5	35	+ 6,6	16	- 11	7	+ 3	12	+ 12
Mittel	28	- 8	35	+ 0,2	5	- 4	5	+ 2	23	+ 23
Niedrig	27	+ 0	41	- 5,7	2	- 3	2	- 0	25	+ 25
Tätigkeit										
Arbeiter	21	+ 2	40	- 6	5	- 5	2	+ 1	29	+ 29
Angestellte	23	- 4	39	+ 1	11	- 7	5	+ 1	18	+ 18
Beamte	25	- 9	33	+ 6	15	- 11	6	+ 3	16	+ 16
Selbständige	27	- 12	26	+ 7	15	- 4	11	+ 4	15	+ 15
Hausfrau/-mann	32	- 5	35	- 1	5	- 6	5	+ 2	17	+ 17
Rentner	32	- 6	37	- 1	2	- 1	4	+ 1	22	+ 22
in Ausbildung	18	- 1	40	+ 8	15	- 18	6	+ 2	13	+ 13
Arbeitslose	22	+ 4	30	- 11	14	- 4	6	+ 4	18	+ 18
Gewerkschaft										
Mitglieder	15	- 2	47	- 0	10	- 8	3	+ 2	19	+ 19
Nicht-Mitglieder	28	- 6	34	+ 1	8	- 5	6	+ 2	20	+ 20
Konfession										
Evangelisch	29	- 4	36	- 1	7	- 5	6	+ 2	20	+ 20
Katholisch	37	- 9	31	+ 5	8	- 4	4	+ 1	15	+ 15
Andere/Keine	19	- 4	38	+ 1	12	- 7	5	+ 2	21	+ 21

Quelle: Infratest dimap, Wahltagsbefragungen 2001 und 1997

Die Daten sind gewichtet nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis.

3. Das Ergebnis in den Stadtteilen

3.1 Wahlbeteiligung, Hochburgen, Gewinne und Verluste der Parteien ³

Bei dieser Bürgerschaftswahl war die **Wahlbeteiligung** fast durchgängig höher als 1997. In 86 Stadtteilen lag die Wahlteilnahme diesmal höher als bei der vorangegangenen Bürgerschaftswahl. Sehr hoch ist die Wahlbeteiligung in den statushohen Stadtteilen sowie in den ländlich geprägten Gebieten im Südosten. Umgekehrt ist die Wahlenthaltung in statusniedrigen Gebieten besonders hoch.

Die Stadtteile mit den höchsten Beteiligungsraten sind Lemsahl-Mellingstedt (87,1 Prozent), Wohldorf-Ohlstedt und Wellingsbüttel (jeweils 86,3 Prozent), Bergstedt (85,2 Prozent), Nienstedten und Volksdorf (jeweils 85,1 Prozent). Umgekehrt ist der Anteil der Nichtwähler im Bereich Kleiner Grasbrook/Steinwerder, Billbrook, Veddel und Rothenburgsort am höchsten. In diesen Stadtteilen sind jeweils weniger als 60 Prozent der Wahlberechtigten zur Wahl gegangen.

Am stärksten gestiegen ist die Wahlbeteiligung in Ochsenwerder (+10,8 Prozentpunkte), Francop (+9,3 Prozentpunkte), Rönneburg (+9,1 Prozentpunkte) und Sankt Pauli (+8,1 Prozentpunkte). Den stärksten Rückgang verzeichnen Allermöhe (-4,4 Prozentpunkte) und Kleiner Grasbrook/Steinwerder (-11,4 Prozentpunkte).

Im Vergleich zur Bürgerschaftswahl 1997 verliert die **CDU** fast überall. Lediglich in vier Stadtteilen konnte sie Wähler hinzugewinnen. Die stärksten Verluste mussten die Christdemokraten in ihren ehemaligen Hochburgen hinnehmen. Das Verteilungsmuster hoher und niedriger Stimmenanteile für die CDU über die Stadtteile hat sich dabei nicht verändert. In 22 Stadtteilen ist sie die stärkste Partei. Eine absolute Mehrheit erreichte sie in keinem Stadtteil mehr (1997: Spadenland und Tatenberg).

Wähler hinzugewonnen haben die Christdemokraten in Billbrook (+4,6 Prozentpunkte), Kleiner Grasbrook/Steinwerder (+2,7 Prozentpunkte), Francop (+2,3 Prozentpunkte) und Billwerder (+0,1 Prozentpunkte). Die größten Verluste verbucht die CDU in Tatenberg (-16,2 Prozentpunkte), Spadenland (-13,5 Prozentpunkte) und Wohldorf-Ohlstedt (-10,2 Prozentpunkte). Hinzu kommen starke Einbußen in Ochsenwerder (-9,8 Prozentpunkte), Nienstedten (-9,1 Prozentpunkte), Blankenese und Reitbrook (jeweils -8,9 Prozentpunkte) und Othmarschen (-8,4 Prozentpunkte). Stimmenverluste der CDU korrespondieren hier mit

³ Die folgende Darstellung der Wahlergebnisse auf Stadtteil-Ebene basiert nur auf den Ergebnissen der Urnenwahl, da die Briefwahl für die Stadtteile nicht ausgewiesen wird.

hohen Zugewinnen der FDP bzw. einem überdurchschnittlich gutem Abschneiden der Schill-Partei.

Den größten Zuspruch bei der Bürgerschaftswahl erhielt die hamburgische CDU in den Stadtteilen Spadenland (43,0 Prozent), Neuengamme und Francop (jeweils 38,1 Prozent) sowie in Kirchwerder (37,5 Prozent) und Nienstedten (37,0 Prozent). Allerdings musste die Union – mit Ausnahme des Stadtteils Francop – zum Teil weit über dem Durchschnitt liegende Verluste hinnehmen. In Spadenland, Neuengamme, Francop und Kirchwerder korrespondieren die Verluste der Union mit überdurchschnittlich guten Ergebnissen für die Schill-Partei. Im Stadtteil Nienstedten profitiert außerdem die FDP.

Die niedrigsten Unionsanteile ergaben sich in Klostertor und Hammerbrook (15,3 Prozent), Altona-Altstadt (15,2 Prozent), Ottensen (14,6 Prozent), Altona-Nord (13,4 Prozent) und Sankt Pauli (10,0 Prozent). Insgesamt handelt es sich um Stadtteile, in denen die CDU bereits bei der Bürgerschaftswahl 1997 nur schwächere Ergebnisse erzielte. Die Verluste liegen hier im Bereich von –0,1 bis maximal –4,8 Prozentpunkte und entsprechen in der maximalen Ausprägung dem Durchschnitt.

Die **SPD** hat bei der Bürgerschaftswahl in 56 Stadtteilen Wähler hinzugewonnen, verschlechtert hat sie sich in 40 Stadtteilen. Eine absolute Mehrheit haben die Sozialdemokraten bei dieser Wahl in keinem Stadtteil mehr errungen (1997: Veddel, Kleiner Grasbrook/Steinwerder). Stärkste Partei ist sie in 77 Stadtteilen.

Die stärksten Zugewinne erzielte sie dabei in Rotherbaum (+8,0 Prozentpunkte), Sankt Pauli (+7,5 Prozentpunkte), Eppendorf (+7,3 Prozentpunkte) und Harvestehude (+7,0 Prozentpunkte). Dabei zeichnet sich ein deutlicher Wähleraustausch mit der GRÜNEN/GAL ab – überdurchschnittliche Gewinne der SPD korrespondieren mit überdurchschnittlichen Verlusten der Grünen. Offensichtlich setzte sich die seit mehreren Landtagswahlen sichtbare Zerreißprobe innerhalb der Grünen-Wählerschaft auch in Hamburg fort.

Die stärksten Einbußen verzeichnen die hamburgischen Sozialdemokraten in Billbrook (-9,5 Prozentpunkte), Neuenfelde (-9,6 Prozentpunkte) und Francop (-13,7 Prozentpunkte). In allen drei Stadtteilen konnte die Schill-Partei überdurchschnittlich hohe Wähleranteile für sich verbuchen. In Francop haben außerdem die CDU und die FDP überdurchschnittlich gut abgeschnitten.

Das mit Abstand beste Ergebnis erzielte die SPD in Veddel mit 48,0 Prozent, gefolgt von Dulsberg (46,8 Prozent), Steilshoop (45,2 Prozent), Barmek-Nord (44,1 Prozent) und Hamm-Süd (43,2 Prozent).

Bei den 5 Stadtteilen mit den niedrigsten SPD-Anteilen handelt es sich um Othmarschen (23,9 Prozent), Francop (23,0 Prozent), Blankenese (22,5 Prozent), Nienstedten (22,4 Prozent) und Spadenland (19,8 Prozent). Hierbei handelt es sich mehrheitlich um Hochburgen der CDU.

Die **FDP** hat bei der Bürgerschaftswahl annähernd flächendeckend Wähler hinzugewonnen. 92 Stadtteilen mit Stimmengewinnen stehen lediglich 6 Stadtteile in den Bezirken Hamburg-Mitte und Bergedorf mit leichten Stimmenverlusten gegenüber. In acht Stadtteilen erreichen die Liberalen Stimmenanteile von mehr als 10 Prozent. Allerdings blieben die Liberalen trotz ihrer weitgefächerten Stimmengewinne in 58 Stadtteilen unter der 5-Prozent-Marke.

Stimmen verloren haben die Liberalen in Tatenberg, Kleiner Grasbrook/Steinwerder (jeweils -0,1 Prozentpunkte), sowie in Spadenland, Klostertor/Hammerbrook (jeweils -0,4 Prozentpunkte), Billbrook (-0,5 Prozentpunkte) und Reitbrook (-1,3 Prozentpunkte).

Ihre besten Resultate erzielten die Liberalen im Bezirk Altona in Blankenese (15,1 Prozent), Nienstedten (15,0 Prozent) sowie in Othmarschen (14,5 Prozent). Hier hat die FDP außerdem die meisten Wähler hinzugewonnen (Nienstedten: +6,7 Prozentpunkte; Blankenese: +6,1 Prozentpunkte; Othmarschen: +5,0 Prozentpunkte). Daneben erzielte sie zweistellige Ergebnisse in Groß Flotbek (11,9 Prozent), Wellingsbüttel (11,5 Prozent), Harvestehude (11,3 Prozent), Wohldorf-Ohlstedt (10,9 Prozent) und in Rissen (10,1 Prozent).

Die Stadtteile mit den niedrigsten Stimmenanteilen für die Liberalen sind Sankt Pauli und Rothenburgsort mit jeweils 1,9 Prozent, Kleiner Grasbrook/Steinwerder mit 1,7 Prozent sowie Billbrook mit 0,6 Prozent. Mit Ausnahme von Sankt Pauli haben hier sowohl die SPD als auch die Schill-Partei ein überdurchschnittliches Wahlergebnis erzielt.

Bei den **GRÜNEN/GAL** erstrecken sich die Verluste flächendeckend auf annähernd alle Stadtteile (einzige Ausnahme: Kleiner Grasbrook/Steinwerder +1,9 Prozent). Ihre Stimmenverluste reichen dabei von moderaten -0,3 Prozentpunkten in Spadenland bis zu -14,0 Prozentpunkten in Altenwerder/Moorburg. In 34 Stadtteilen liegen die Stimmenverluste dabei über dem Landesdurchschnitt. Einen Stimmenanteil von mehr als 20 Prozent erreichen GRÜNE/GAL nur noch in 5 Stadtteilen, bei der Bürgerschaftswahl 1997 waren dies noch 15.

Die größten Verluste verzeichneten die GRÜNEN/GAL in Eppendorf (-8,8 Prozentpunkte), Ottensen (-8,9 Prozentpunkte), Eimsbüttel (-9,1 Prozentpunkte), Rotherbaum (-9,6 Prozentpunkte) sowie Altenwerder/Moorburg (-14,0 Prozentpunkte). Hier kann die SPD deutliche Stimmengewinne erzielen.

Ihre besten Resultate erzielte die GRÜNEN/GAL in Sankt Pauli (27,6 Prozent), Ottensen (22,2 Prozent), Eimsbüttel (20,8 Prozent), Altona-Nord (20,7 Prozent) und Sankt Georg (20,4 Prozent).

Unter fünf Prozent blieben GRÜNE/GAL in 24 Stadtteilen. Am schlechtesten schnitten sie ab in Lohbrügge (4,4 Prozent), Wilstorf (4,3 Prozent), Tatenberg (4,2 Prozent), Ochsenwerder und Lurup (jeweils 4,1 Prozent), Rothenburgsort (3,9 Prozent), Horn (3,8 Prozent), Kirchwerder (3,7 Prozent), Wilhelmsburg (3,4 Prozent), Billbrook (3,2 Prozent), Billstedt (3,1 Prozent), Neuenfelde (3,0 Prozent), Jenfeld (2,8 Prozent) und Spadenland (2,4 Prozent). Im wesentlichen handelt es sich dabei um Stadtteile in denen GRÜNE/GAL bereits 1997 mit nur einstelligem Ergebnis schwächer abgeschnitten hat und die Verluste die Stimmenanteile 2001 unter die 5-Prozent-Marke absinken ließen.

Die **Partei Rechtsstaatlicher Offensive** erhielt in 44 Stadtteilen mehr als 20 Prozent der Wählerstimmen. In 16 Stadtteilen ist sie sogar zur zweitstärksten Kraft geworden. Lediglich in 2 Stadtteilen (Rotherbaum und Eppendorf) bleibt Schill und seine Partei unter 10 Prozent. Besonders stark ist Schill in den ländlich strukturiertem Stadtteilen der Vier- und Marschlande und im Süden des Bezirks Harburg. Deutlich unterdurchschnittlich sind die Ergebnisse hingegen in den Stadtteilen um die Alster und in den Elbvororten.

Die besten Ergebnisse erzielte die Schill-Partei in Wilhelmsburg (34,9 Prozent) und Neuland/Gut Moor (32,5 Prozent). Beide Stadtteile waren bei der Bürgerschaftswahl 1997 Hochburgen der rechtsextremen Parteien, außerdem haben CDU und SPD überdurchschnittliche Einbußen zu verzeichnen.

Die niedrigsten Anteile erzielten Schill und seine Partei in Hoheluft-West (10,7 Prozent), Ottensen (10,3 Prozent), Hoheluft-Ost (10,2 Prozent), Eppendorf (9,7 Prozent) und Rotherbaum (9,5 Prozent)

Die **Republikaner** haben flächendeckend ihre Wähler an die Schill-Partei abgeben müssen. Selbst in ihren Hochburgen wurden sie auf das Ausmaß einer Splitterpartei reduziert. Demzufolge sind auch ihre Verluste in den ehemaligen Hochburgen am stärksten ausgefallen (Kleiner Grasbrook/Steinwerder: -5,4 Prozentpunkte; Billwerder: -5,1 Prozentpunkte; Wilhelmsburg: -4,2 Prozentpunkte; Lohbrügge: -4,1 Prozentpunkte). Ihren höchsten Stimmenanteil erzielten sie noch in der einstigen Hochburg Billwerder mit 0,6 Prozent.

Ähnlich erging es auch der **DVU**. Auch sie hat ihre Hochburgen an die Schill-Partei verloren. Wie die REP fristet auch sie nach dieser Bürgerschaftswahl in Hamburg nur noch das Schat-

tendesein einer Splitterpartei. In einer ihrer einstigen Hochburgen Billbrook erhielt sie noch 4,5 Prozent der Wählerstimmen, bei der Bürgerschaftswahl 1997 holte sie hier mit 14,8 Prozent ihr bestes Ergebnis. In Jenfeld wählten nur noch 2,6 Prozent (1997: 11,9 Prozent) und in Hamm-Süd 2,1 Prozent (1997: 12,2 Prozent) die DVU.

Zur Splitterpartei ist mit dieser Bürgerschaftswahl ebenfalls die **STATT-Partei** geschrumpft. Auch sie konnte ihre ehemaligen Wähler zu einem ganz überwiegenden Teil nicht wieder für sich gewinnen. Nach Verlusten von bis zu 7,5 Prozentpunkten kann auch sie selbst in ihren ehemaligen Hochburgen nicht einmal mehr ein Prozent der Wähler für sich gewinnen. Ursache ist hier wie bei den Rechten Parteien, dass ehemalige Protestwähler diesmal Schill und seine Partei gewählt haben, und so zum phänomenalen Abschneiden der Schill-Partei beigetragen haben.

Die **PDS** hat in 74 Stadtteilen Wähler eingebüßt. Die größten Verluste verzeichnet sie dabei in den Stadtteilen, in denen sie 1997 ihre besten Ergebnisse erzielt hatte. Die PDS kommt diesmal nur noch in zwei Stadtteilen auf einen Wähleranteil von mehr als einem Prozent. In Kloster/Hammerbrook haben noch 2,5 Prozent (1997: 2,2 Prozent) und in Sankt Pauli 1,3 Prozent die PDS gewählt (1997: 3,7 Prozent). Bei der letzten Wahl erhielt die PDS noch in 12 Stadtteilen mehr als ein Prozent der Wählerstimmen. Eine Erweiterung und Stärkung ihrer Position in den alten Bundesländern ist der PDS somit in Hamburg nicht gelungen.

Das Ergebnis der Bürgerschaftswahl 2001 in den Stadtteilen¹⁾

	Wahlbeteiligung		SPD		CDU		GRÜNE/GAL		FDP		Stadt-Partei		DVU		REP		Schill
	2001	01-97	2001	01-97	2001	01-97	2001	01-97	2001	01-97	2001	01-97	2001	01-97	2001	01-97	2001
Bezirk Hamburg-Mitte																	
Hamburg-Altstadt	71,5	4,0	35,6	-1,0	22,5	-0,2	14,4	-5,8	5,4	1,9	0,7	-3,1	0,7	-4,3	0,2	-1,5	16,0
Neustadt	69,0	5,8	41,2	1,8	17,0	-0,9	17,2	-7,0	3,5	1,0	0,5	-2,2	0,7	-5,0	0,1	-1,5	14,3
Sankt Pauli	62,8	8,1	35,2	7,5	10,0	-2,7	27,6	-8,3	1,9	0,4	0,4	-1,4	0,5	-4,8	0,1	-2,0	11,0
Sankt Georg	65,4	7,2	37,2	5,8	16,0	-4,8	20,4	-7,8	3,8	0,9	0,2	-2,1	0,6	-5,0	0,2	-1,1	12,2
Klostertor/Hammerbrook	62,8	2,9	36,7	0,2	15,3	-0,1	18,9	-7,4	3,1	-0,4	0,0	-3,8	0,3	-5,1	0,0	-2,2	15,5
Borgfelde	65,8	2,5	41,0	3,8	23,3	-6,7	8,7	-4,7	4,7	2,5	0,6	-2,2	0,5	-6,6	0,2	-2,1	17,9
Hamm-Nord	70,6	1,3	41,4	2,6	23,7	-5,5	8,6	-5,0	3,6	1,1	0,4	-2,7	0,9	-4,5	0,0	-1,8	18,3
Hamm-Mitte	61,7	0,4	41,4	-1,5	22,3	-1,1	6,1	-4,6	3,1	1,1	0,5	-2,0	2,1	-8,7	0,1	-2,5	21,1
Hamm-Süd	63,0	-2,0	43,2	1,7	19,2	-3,5	4,9	-4,4	3,4	1,3	0,7	-2,1	1,7	-10,4	0,2	-2,6	22,7
Horn	62,4	-0,2	41,3	-3,1	22,1	-1,8	3,8	-4,3	2,9	0,7	0,5	-2,6	1,7	-8,4	0,1	-2,7	25,5
Billstedt	64,0	1,1	40,3	-3,4	22,3	-2,3	3,1	-3,9	2,5	0,4	0,5	-2,7	1,7	-9,4	0,2	-3,4	27,6
Billbrook	51,1	3,7	39,4	-9,4	22,6	4,6	3,2	-2,7	0,6	-0,6	0,0	-2,7	4,5	-10,3	0,0	-2,0	26,5
Rothenburgsort	59,9	-0,1	41,7	-4,2	20,3	-3,5	3,9	-3,1	1,9	0,4	0,6	-1,8	1,7	-8,3	0,1	-3,8	27,3
Veddel	55,6	2,1	48,0	-3,2	16,4	-5,0	6,5	-0,6	2,2	0,6	0,3	-1,6	1,3	-6,3	0,2	-2,0	21,8
Kl. Grasbrook/Steinwerder	39,4	-11,4	41,7	-8,3	24,3	2,6	6,1	1,9	1,7	-0,1	0,9	-3,3	1,7	-6,7	0,0	-5,4	19,1
Waltershof/Finkenwerder	73,1	3,1	42,4	-1,2	22,7	-5,4	5,3	-4,6	3,6	1,3	0,6	-2,5	0,9	-4,4	0,1	-1,7	21,3
Bezirk Altona																	
Altona-Altstadt	65,5	4,1	39,8	4,7	15,2	-4,8	17,9	-6,4	2,6	0,7	0,5	-1,7	0,9	-4,9	0,1	-3,1	14,5
Altona-Nord	68,2	2,0	41,6	5,3	13,4	-3,7	20,7	-8,7	2,4	0,7	0,5	-1,8	0,6	-3,6	0,0	-1,8	12,1
Ottensen	74,5	4,5	39,7	6,3	14,6	-4,5	22,2	-8,9	3,4	0,9	0,4	-1,8	0,4	-2,9	0,0	-1,3	10,3
Bahrenfeld	70,3	2,4	42,0	3,0	20,3	-5,3	11,4	-4,8	4,0	1,3	0,4	-3,2	0,5	-4,4	0,0	-1,8	16,6
Groß Flottbek	83,6	4,5	28,0	4,3	33,5	-6,6	12,3	-3,9	11,9	4,5	0,4	-5,8	0,1	-1,4	0,0	-0,6	11,0
Othmarschen	83,6	4,6	23,9	4,7	36,5	-8,4	9,6	-4,8	14,5	5,0	0,2	-6,4	0,1	-1,1	0,0	-0,5	12,8
Lurup	68,5	1,3	42,2	-2,8	22,5	-3,5	4,1	-4,1	3,2	1,0	0,4	-3,3	1,1	-6,5	0,1	-2,2	23,9
Osdorf	71,0	1,6	35,4	-0,5	29,9	-5,0	5,5	-3,9	6,1	2,3	0,3	-4,1	0,6	-4,8	0,1	-1,4	19,5
Nienstedten	85,1	0,9	22,4	2,0	37,0	-9,0	9,0	-3,8	15,0	6,7	0,2	-6,4	0,0	-1,7	0,0	-0,4	14,0
Blankenese	84,7	4,7	22,5	1,3	36,9	-8,9	8,7	-3,8	15,1	6,1	0,1	-6,2	0,1	-1,2	0,1	-0,5	14,3
Iserbrook	78,4	2,7	39,2	-0,2	27,0	-5,1	6,6	-3,6	6,3	2,7	0,4	-4,7	0,5	-2,8	0,1	-1,3	17,5
Sülldorf	80,6	3,5	34,7	0,9	30,0	-6,6	7,1	-3,7	6,9	4,0	0,4	-5,9	0,4	-3,1	0,1	-1,3	17,8
Rissen	82,7	4,7	30,4	1,8	33,9	-7,9	7,8	-2,9	10,1	4,5	0,4	-6,0	0,4	-1,7	0,0	-0,9	15,6

Fortsetzung:

Das Ergebnis der Bürgerschaftswahl 2001 in den Stadtteilen¹⁾

	Wahlbeteiligung		SPD		CDU		GRÜNE/GAL		FDP		Stadt-Partei		DVU		REP		Schill
	2001	01-97	2001	01-97	2001	01-97	2001	01-97	2001	01-97	2001	01-97	2001	01-97	2001	01-97	2001
Bezirk Eimsbüttel																	
Eimsbüttel	72,8	4,2	41,0	5,6	16,1	-3,3	20,8	-9,1	3,7	1,2	0,5	-2,2	0,3	-2,6	0,0	-1,2	11,3
Rotherbaum	74,3	6,0	36,6	8,0	23,5	-2,2	17,4	-9,5	7,7	1,8	0,5	-4,5	0,3	-1,5	0,0	-0,9	9,5
Harvestehude	78,9	4,8	35,0	6,9	27,0	-7,3	12,1	-6,9	11,3	4,4	0,5	-4,7	0,3	-1,9	0,0	-0,8	11,2
Hoheluft-West	74,2	4,7	41,7	5,3	19,1	-3,9	17,5	-8,3	6,0	2,8	0,4	-2,6	0,2	-2,5	0,0	-1,0	10,7
Lokstedt	74,6	3,1	37,4	2,2	26,9	-4,9	9,4	-5,2	5,9	2,1	0,5	-4,1	0,4	-3,7	0,0	-1,4	16,7
Niendorf	80,5	5,2	37,4	1,0	28,1	-4,7	6,0	-5,1	5,5	1,4	0,2	-5,1	0,5	-3,6	0,0	-1,8	20,0
Schnelsen	75,3	3,0	37,0	0,8	27,7	-4,1	6,4	-5,9	5,3	1,2	0,3	-4,2	0,6	-4,0	0,0	-1,7	20,4
Eidelstedt	72,3	1,9	39,9	-2,8	24,6	-3,9	5,3	-3,8	3,7	1,3	0,5	-3,2	1,0	-4,8	0,1	-2,7	22,7
Stellingen	72,2	2,2	38,2	-0,6	25,7	-5,3	7,9	-3,7	4,1	1,4	0,5	-3,2	0,7	-4,6	0,1	-2,1	19,9
Bezirk Hamburg-Nord																	
Hoheluft-Ost	75,8	4,9	39,5	4,2	21,8	-2,5	17,9	-7,8	5,9	1,3	0,4	-2,9	0,2	-2,0	0,0	-0,7	10,2
Eppendorf	76,5	4,2	39,7	7,3	23,9	-4,3	15,0	-8,8	7,8	3,0	0,4	-3,6	0,3	-1,9	0,0	-0,6	9,7
Groß Borstel	74,9	2,8	40,1	3,0	23,9	-5,4	8,0	-5,9	5,7	1,5	0,3	-3,8	0,5	-3,8	0,0	-1,8	18,6
Alsterdorf	73,2	3,5	36,7	3,7	28,8	-4,1	9,3	-5,4	6,3	1,1	0,5	-4,4	0,4	-3,3	0,3	-0,8	16,0
Winterhude	75,2	4,3	40,2	4,9	23,2	-3,1	13,9	-8,4	6,3	2,3	0,5	-3,3	0,4	-2,4	0,0	-0,9	12,3
Uhlenhorst	75,4	4,1	35,6	3,2	29,3	-3,6	10,8	-5,8	8,4	2,8	0,3	-4,8	0,5	-2,6	0,0	-0,7	13,0
Hohenfelde	72,8	4,1	37,8	3,0	26,0	-2,7	11,5	-6,8	5,6	1,7	0,5	-3,2	0,5	-3,7	0,0	-1,3	15,1
Barmbek-Süd	70,0	2,0	42,8	0,5	22,4	-1,9	10,0	-6,0	4,2	1,8	0,6	-2,7	0,8	-4,2	0,1	-1,3	15,8
Dulsberg	61,1	-0,9	46,8	2,2	18,8	-1,6	8,2	-6,8	3,0	0,9	0,6	-1,8	1,3	-5,9	0,0	-2,2	17,6
Barmbek-Nord	67,6	1,5	44,1	1,0	19,3	-2,3	10,5	-5,6	3,5	1,2	0,5	-2,5	0,8	-5,5	0,1	-1,6	17,0
Ohlsdorf	77,3	3,5	39,1	0,9	25,0	-4,2	10,0	-5,2	5,4	2,3	0,4	-3,7	0,7	-3,7	0,0	-1,0	16,9
Fuhlsbüttel	76,8	2,5	37,5	2,5	26,3	-5,6	8,5	-6,3	5,2	1,6	0,4	-4,2	0,6	-3,5	0,0	-1,3	18,6
Langenhorn	73,3	2,3	42,1	1,1	24,1	-3,9	6,2	-5,4	4,2	1,4	0,4	-3,8	0,8	-3,9	0,1	-1,9	20,0
Bezirk Wandsbek																	
Eilbek	71,7	0,1	39,5	1,3	26,5	-3,7	8,2	-5,1	4,5	1,3	0,5	-3,0	0,8	-4,3	0,1	-1,5	17,2
Wandsbek	69,9	0,9	40,6	-0,8	25,6	-2,8	5,4	-5,3	4,0	1,2	0,6	-3,2	1,2	-5,0	0,1	-1,6	20,4
Marienthal	76,5	2,2	28,7	0,7	35,0	-7,7	5,9	-4,2	8,4	3,2	0,3	-4,3	0,7	-3,2	0,1	-1,2	18,9
Jenfeld	60,6	-1,4	37,6	-3,0	26,9	-1,0	2,8	-4,0	3,5	0,9	0,4	-2,9	2,6	-9,3	0,1	-2,2	23,9
Tonndorf	70,2	1,3	35,3	-0,9	26,7	-5,8	5,1	-4,4	4,9	2,2	0,5	-4,3	1,3	-6,5	0,0	-1,8	23,9
Farmsen-Berne	70,2	2,3	41,1	-1,5	24,3	-2,1	5,1	-5,0	4,1	1,5	0,5	-3,3	1,3	-6,0	0,0	-2,0	21,0
Bramfeld	72,8	2,3	39,6	-0,9	24,5	-4,9	5,3	-3,8	4,3	1,3	0,5	-3,6	0,9	-5,6	0,1	-1,7	22,5
Steilshoop	66,0	1,3	45,2	-2,6	19,3	-2,4	4,7	-5,3	2,9	0,8	0,4	-2,3	1,2	-6,9	0,1	-1,8	23,4

Fortsetzung

Das Ergebnis der Bürgerschaftswahl 2001 in den Stadtteilen¹⁾

	Wahlbeteiligung		SPD		CDU		GRÜNE/GAL		FDP		Stadt-Partei		DVU		REP		Schill
	2001	01-97	2001	01-97	2001	01-97	2001	01-97	2001	01-97	2001	01-97	2001	01-97	2001	01-97	2001
Wellingsbüttel	86,3	4,6	26,1	1,0	36,7	-7,0	7,6	-3,6	11,5	4,3	0,2	-6,2	0,3	-2,1	0,0	-0,7	16,4
Sasel	82,2	0,7	32,8	1,6	32,4	-5,3	8,4	-5,0	7,7	2,7	0,3	-5,2	0,3	-2,7	0,0	-1,0	15,6
Poppenbüttel	79,9	1,3	34,2	2,4	32,9	-6,6	6,4	-4,1	7,0	2,4	0,3	-5,2	0,4	-2,3	0,0	-1,0	17,4
Hummelsbüttel	75,1	2,8	34,8	-0,4	30,3	-3,6	5,7	-5,7	6,1	2,5	0,3	-4,6	0,6	-3,6	0,0	-1,9	20,0
Lemsahl-Mellingstedt	87,1	6,1	30,9	3,1	34,7	-6,3	7,0	-6,5	9,6	4,7	0,3	-5,8	0,1	-2,2	0,1	-1,1	16,7
Duvenstedt	83,7	4,4	28,6	1,2	35,4	-6,3	8,7	-2,7	7,4	2,1	0,5	-4,8	0,3	-2,8	0,2	-1,6	17,2
Wohldorf-Ohlstedt	86,3	5,7	25,0	5,5	35,7	-10,1	11,6	-3,2	10,9	4,4	0,1	-5,1	0,4	-2,4	0,0	-0,8	14,4
Bergstedt	85,2	4,5	34,0	3,3	30,0	-5,4	11,2	-6,0	5,9	1,9	0,4	-4,6	0,3	-3,1	0,0	-0,8	15,8
Volksdorf	85,1	3,4	31,2	5,0	30,8	-8,2	11,2	-5,8	9,1	3,3	0,4	-4,9	0,3	-2,0	0,0	-0,7	15,0
Rahlstedt	73,7	1,6	36,6	-0,1	28,7	-5,3	4,9	-4,4	4,9	1,9	0,4	-4,0	1,2	-5,4	0,1	-1,4	21,2
Bezirk Bergedorf																	
Lohbrügge	70,1	0,3	40,6	0,3	27,2	-2,4	4,4	-4,1	3,3	0,6	0,4	-3,6	1,0	-5,0	0,1	-4,2	21,0
Bergedorf	69,3	-0,4	39,9	0,9	25,1	-2,5	8,0	-5,9	4,0	1,3	0,4	-3,3	0,8	-4,6	0,2	-2,8	18,5
Curslack	78,0	6,8	32,1	4,0	32,9	-7,8	6,7	-6,1	5,8	2,8	0,3	-4,8	0,1	-4,1	0,1	-1,8	20,4
Altengamme	80,5	3,7	35,0	2,6	35,8	-3,5	7,1	-5,2	4,6	0,9	0,8	-2,8	0,6	-3,4	0,0	-1,5	14,8
Neuengamme	79,4	5,8	27,4	-0,1	38,1	-5,7	5,4	-3,6	4,6	0,9	0,8	-4,8	0,4	-4,2	0,0	-1,5	21,8
Kirchwerder	78,8	6,5	28,5	-1,3	37,5	-5,9	3,7	-4,4	4,3	1,1	0,5	-4,2	0,4	-4,3	0,1	-2,0	23,3
Ochsenwerder	82,9	10,8	25,4	-1,4	36,9	-9,8	4,1	-5,6	5,0	2,0	0,5	-4,2	0,4	-3,2	0,0	-1,5	26,0
Reitbrook	83,9	7,5	25,0	-1,1	36,4	-8,9	4,6	-2,7	4,6	-1,3	0,0	-3,8	0,4	-6,2	0,0	-0,7	26,4
Allermöhe	62,0	-4,4	37,3	0,0	30,1	-1,7	4,9	-5,3	3,1	0,5	0,4	-3,4	1,1	-4,5	0,0	-3,4	19,9
Billwerder	78,0	3,4	32,6	1,1	26,7	0,0	5,8	-8,6	4,4	1,1	0,6	-4,8	1,1	-6,8	0,6	-5,1	25,8
Moorfleet	71,2	5,5	28,2	-5,4	30,6	-4,4	5,9	-1,1	4,3	0,7	0,4	-5,0	0,6	-8,0	0,0	-2,9	27,8
Tatenberg	82,3	6,0	28,8	4,5	36,7	-16,2	4,2	-3,5	2,7	0,0	0,0	-1,2	0,8	-5,0	0,0	-1,5	26,5
Spadenland	76,4	7,1	19,8	-3,3	43,0	-13,5	2,4	-0,3	3,9	-0,4	0,0	-7,5	0,5	-2,2	0,0	0,0	28,0

Fortsetzung

Das Ergebnis der Bürgerschaftswahl 2001 in den Stadtteilen ¹⁾																		
	Wahlbeteiligung		SPD		CDU		GRÜNE/GAL		FDP		Stadt-Partei		DVU		REP		Schill	
	2001	01-97	2001	01-97	2001	01-97	2001	01-97	2001	01-97	2001	01-97	2001	01-97	2001	01-97	2001	
Bezirk Harburg																		
Harburg	60,7	-1,4	38,3	-2,6	19,7	-5,2	7,8	-4,6	3,2	1,2	0,5	-2,3	1,3	-6,2	0,1	-3,1	25,9	
Neuland/Gut Moor	74,8	7,1	33,0	-6,1	21,9	-9,1	4,7	-2,2	4,4	2,3	0,5	-3,3	0,5	-9,2	0,3	-1,7	32,5	
Wilstorf	69,0	2,7	39,4	-3,2	22,4	-6,4	4,3	-3,9	2,9	1,0	0,5	-2,7	1,1	-5,7	0,1	-2,5	27,0	
Rönneburg	78,1	9,1	32,8	-0,1	29,7	-8,0	6,0	-5,0	4,0	2,2	0,3	-3,1	1,1	-3,5	0,0	-1,3	23,8	
Langenbek	75,5	0,7	34,0	1,1	27,3	-7,1	5,5	-6,4	3,7	1,1	0,5	-2,9	0,5	-6,2	0,0	-2,2	26,4	
Sinstorf	77,3	3,6	32,9	-0,5	27,7	-6,3	4,4	-4,2	5,1	1,5	0,2	-4,6	0,6	-5,0	0,1	-2,6	27,0	
Marmstorf	81,4	5,3	35,2	1,2	27,5	-8,1	5,5	-5,4	4,8	1,8	0,3	-3,7	0,6	-4,5	0,1	-2,3	24,0	
Eißendorf	72,5	3,0	34,3	-3,0	27,3	-6,3	5,6	-3,9	4,6	2,1	0,3	-3,2	1,0	-5,0	0,1	-2,6	24,9	
Heimfeld	65,6	-1,5	37,6	-0,9	24,1	-4,9	7,0	-5,8	4,2	1,6	0,4	-2,7	1,2	-4,9	0,0	-2,6	22,5	
Wilhelmsburg	63,2	0,4	36,2	-5,6	19,1	-6,5	3,4	-3,3	2,1	0,3	0,4	-3,4	1,4	-9,5	0,2	-4,1	34,9	
Altenwerder/Moorburg	66,8	4,8	34,9	6,3	22,3	-5,2	7,3	-14,1	3,7	0,2	0,6	-0,8	0,9	-6,9	0,0	-1,7	25,1	
Hausbruch	64,3	1,8	33,1	-4,5	29,1	-4,9	4,5	-3,7	4,1	1,9	0,3	-2,8	1,1	-6,1	0,1	-3,2	25,7	
Neugraben-Fischbek	69,8	-0,5	35,6	-0,5	27,3	-5,4	4,9	-5,1	3,7	0,9	0,3	-2,6	0,8	-5,5	0,1	-3,5	25,3	
Francop	78,8	9,3	23,0	-13,8	38,1	2,3	5,2	-3,8	9,0	4,3	0,3	-3,7	0,5	-4,8	0,0	-1,6	22,7	
Neuenfelde	73,6	6,3	29,0	-9,7	32,5	-1,9	3,0	-5,2	5,2	2,1	0,3	-2,1	1,1	-5,4	0,1	-2,1	25,6	
Cranz	69,9	-0,7	37,3	-4,7	27,2	-2,8	4,9	-4,6	6,1	1,9	0,6	-1,6	1,5	-4,1	0,0	-3,1	20,2	

1) ohne Briefwähler

3.2 Das Wahlergebnis nach regionalen und strukturellen Merkmalen

Die Wahlbeteiligung war in den Stadtteilen, die durch wenige Sozialhilfeempfänger, niedrige Arbeitslosigkeit, hohe Anteile an Abiturienten und Akademikern und überdurchschnittlichem Einkommen gekennzeichnet sind, höher. Ist die Arbeitslosigkeit niedrig beträgt die Wahlbeteiligung 82,0 Prozent; ist sie hoch so fällt die Beteiligung auf 62,2 Prozent. In Wohngebieten mit hohem Einkommensniveau haben 81,1 Prozent der Wahlberechtigten gewählt, in sozial schwächeren Wohngebieten mit geringerem Durchschnittseinkommen waren dies hingegen nur 65 Prozent.

Im Vergleich zur Bürgerschaftswahl 1997 nahm die Wahlbeteiligung vor allem in den besseren Wohngebieten zu. Bei niedriger Arbeitslosigkeit und wenigen Sozialhilfeempfängern beträgt das Plus jeweils ca. 5 Prozentpunkte, bei hohem Einkommen ca. 4 Prozentpunkte.

Bei der **CDU** lagen die Schwerpunkte zum einen in den ländlichen Gebieten im Süd-Osten der Stadt, zum anderen in den besten Wohngebieten – in den Elbvororten und den Walddörfern. So erzielten die Christdemokraten in den besseren Wohngebieten mit hohem Durchschnittseinkommen (31,9 Prozent), geringer Arbeitslosigkeit (33,7 Prozent) und geringem Sozialhilfebezug (33,7 Prozent) überdurchschnittliche Ergebnisse.

Die **SPD** erzielte höhere Stimmenanteile in Stadtteilen mit geringem sozialen Status, geprägt durch hohe Anteile von Sozialhilfeempfängern (39,6 Prozent), Arbeitslosen (40,1 Prozent) und Geringverdienern (40,9 Prozent). Allerdings haben die Sozialdemokraten auch in den besseren Wohnvierteln im Vergleich zur vorangegangenen Bürgerschaftswahl Wähler hinzugewonnen. In Wohngebieten mit relativ geringem Anteil an Sozialhilfeempfängern beträgt das Plus 2,2 Prozentpunkte, in Stadtteilen mit hohem Anteil an Abiturienten und einem hohen Durchschnittseinkommen sind dies +3,8 bzw. +3,1 Prozentpunkte.

Die **FDP** erzielt überdurchschnittlich gute Ergebnisse in Wohngebieten mit hohem Status, in denen traditionell mehr Selbständige und Freiberufler leben. Die größten Stimmenanteile erhält sie in Stadtteilen mit hohem Anteil an Abiturienten (9,4 Prozent) und hohem Einkommensniveau (9,5 Prozent). In allen Stadtgebieten mit geringem Status blieben die Liberalen weit unter der 5-Prozent-Marke.

Grüne/GAL erzielen die besten Ergebnisse in den Stadtgebieten mit hohem Abiturientenanteil (16,9 Prozent). Bei geringem Schulbildungsniveau sinkt ihr Anteil auf 4,7 Prozent. Über dem Gesamtergebnis lagen ihre Anteile in weniger guten Wohngebieten, mit niedrigem Einkommen (8,5 Prozent). Insgesamt entspricht dies der Tatsache, dass trotz älter werdender Stammwählerschaft nach wie vor große Teile der Wählerschaft der Grünen in den jüngeren

Altersgruppen zu finden sind und folglich noch in der Ausbildung sind oder am Anfang ihrer beruflichen Karriere stehen.

Die **Partei Rechtsstaatlicher Offensive** ist besonders stark in den ländlich strukturierten Stadtteilen der Vier- und Marschlande. Höhere Stimmanteile erzielte sie in Stadtteilen mit geringem sozialen Status, gekennzeichnet durch hohe Anteile an Sozialhilfeempfängern (22,2 Prozent), Arbeitslose (21,0 Prozent) und niedrige Einkommensschichten (19,4 Prozent) sowie durch geringes Bildungsniveau der Bevölkerung. Deutlich unterdurchschnittlich sind die Ergebnisse hingegen in den Stadtteilen mit hohem Status.

Wahlverhalten in unterschiedlichen Wohngebieten und Veränderungen gegenüber 1997

Ausprägung von Sozialstrukturmerkmalen	Wahl- beteiligung	Stimmenanteile der Parteien (ohne Briefwahl)				
		CDU	SPD	GRÜNE/ GAL	FDP	Schill
Bürgerschaftswahl 2001						
Sozialhilfeempfänger/innen						
Anteil hoch	62,9	21,4	39,6	8,0	2,8	22,2
Anteil niedrig	82,4	33,7	29,0	7,4	7,9	19,4
Arbeitslose						
Anteil hoch	62,2	19,7	40,1	9,7	2,9	21,0
Anteil niedrig	82,0	35,2	27,7	7,2	7,8	19,4
Abiturienten						
Anteil hoch	80,1	30,4	32,0	11,2	9,4	13,7
Anteil niedrig	69,3	28,3	34,1	4,7	3,9	24,9
Steuerpflichtiges Einkommen						
hoch	81,1	31,9	31,1	9,9	9,5	14,7
niedrig	65,0	19,1	40,9	11,0	3,1	19,4
Hamburg insgesamt	71,0	25,1	37,9	8,6	5,0	19,4
Bürgerschaftswahl 1997						
Sozialhilfeempfänger/innen						
Anteil hoch	62,7	24,7	40,8	12,3	2,2	-
Anteil niedrig	77,2	42,2	26,8	11,7	5,3	-
Arbeitslose						
Anteil hoch	61,2	23,1	40,0	14,8	2,1	-
Anteil niedrig	76,9	40,6	27,8	12,2	5,2	-
Abiturienten						
Anteil hoch	75,8	36,5	28,2	16,9	5,9	-
Anteil niedrig	65,7	33,2	37,3	8,5	2,8	-
Steuerpflichtiges Einkommen						
hoch	77,0	38,3	28,0	14,6	5,9	-
niedrig	63,6	23,6	40,0	15,4	2,1	-
Hamburg insgesamt	68,7	29,4	37,1	13,8	3,3	-
Veränderung 2001 gegenüber 1997 in %-Punkten						
Sozialhilfeempfänger/innen						
Anteil hoch	+ 0,2	- 3,2	- 1,3	- 4,3	+ 0,6	+ 22,2
Anteil niedrig	+ 5,2	- 8,4	+ 2,2	- 4,4	+ 2,6	+ 19,4
Arbeitslose						
Anteil hoch	+ 1,0	- 3,4	+ 0,1	- 5,1	+ 0,8	+ 21,0
Anteil niedrig	+ 5,1	- 5,3	- 0,1	- 5,0	+ 2,7	+ 19,4
Abiturienten						
Anteil hoch	+ 4,3	- 6,0	+ 3,8	- 5,7	+ 3,5	+ 13,7
Anteil niedrig	+ 3,6	- 5,0	- 3,2	- 3,8	+ 1,1	+ 24,9
Steuerpflichtiges Einkommen						
hoch	+ 4,1	- 6,4	+ 3,1	- 4,7	+ 3,6	+ 14,7
niedrig	+ 1,4	- 4,5	+ 0,9	- 4,4	+ 0,9	+ 19,4
Hamburg insgesamt	+ 2,3	- 4,3	+ 0,8	- 5,2	+ 1,7	+ 19,4

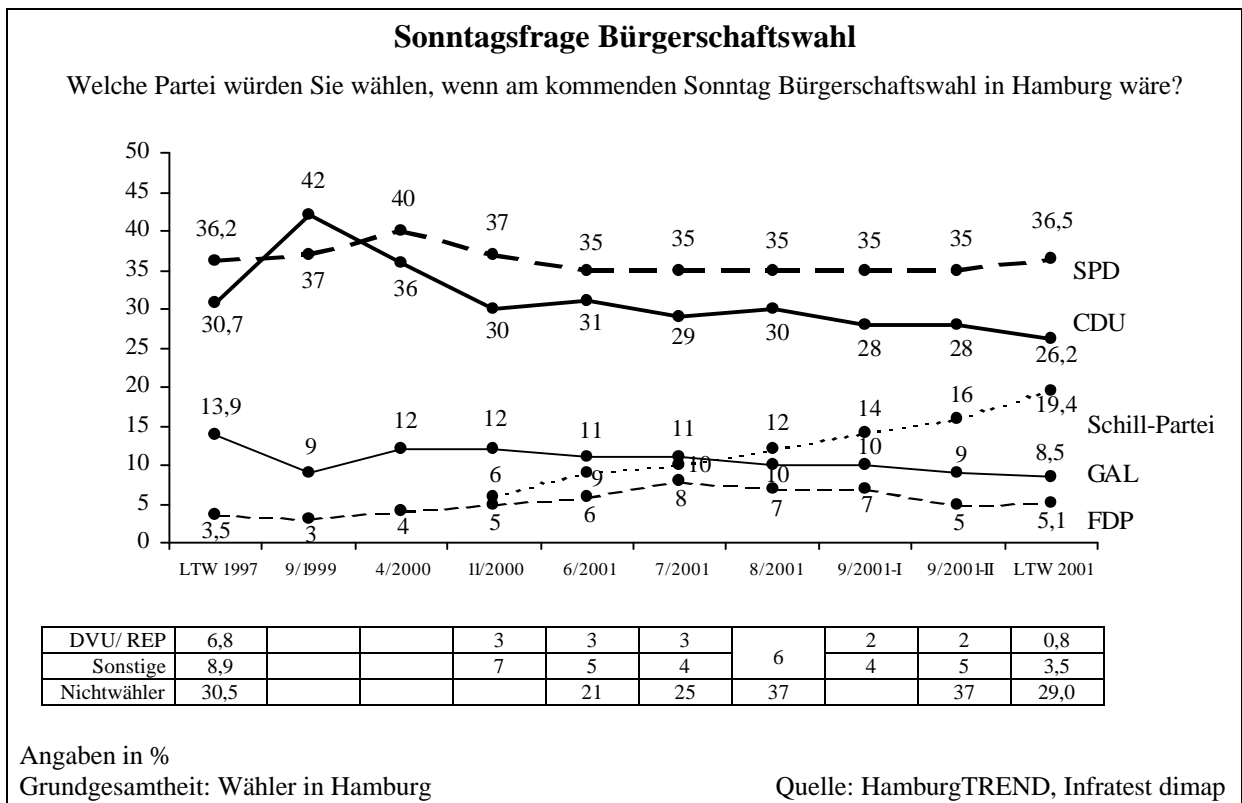
Quelle: Statistisches Landesamt Hamburg

4. Die politische Meinungslage im Vorfeld der Wahl

4.1 Die Stimmungslage für die Parteien

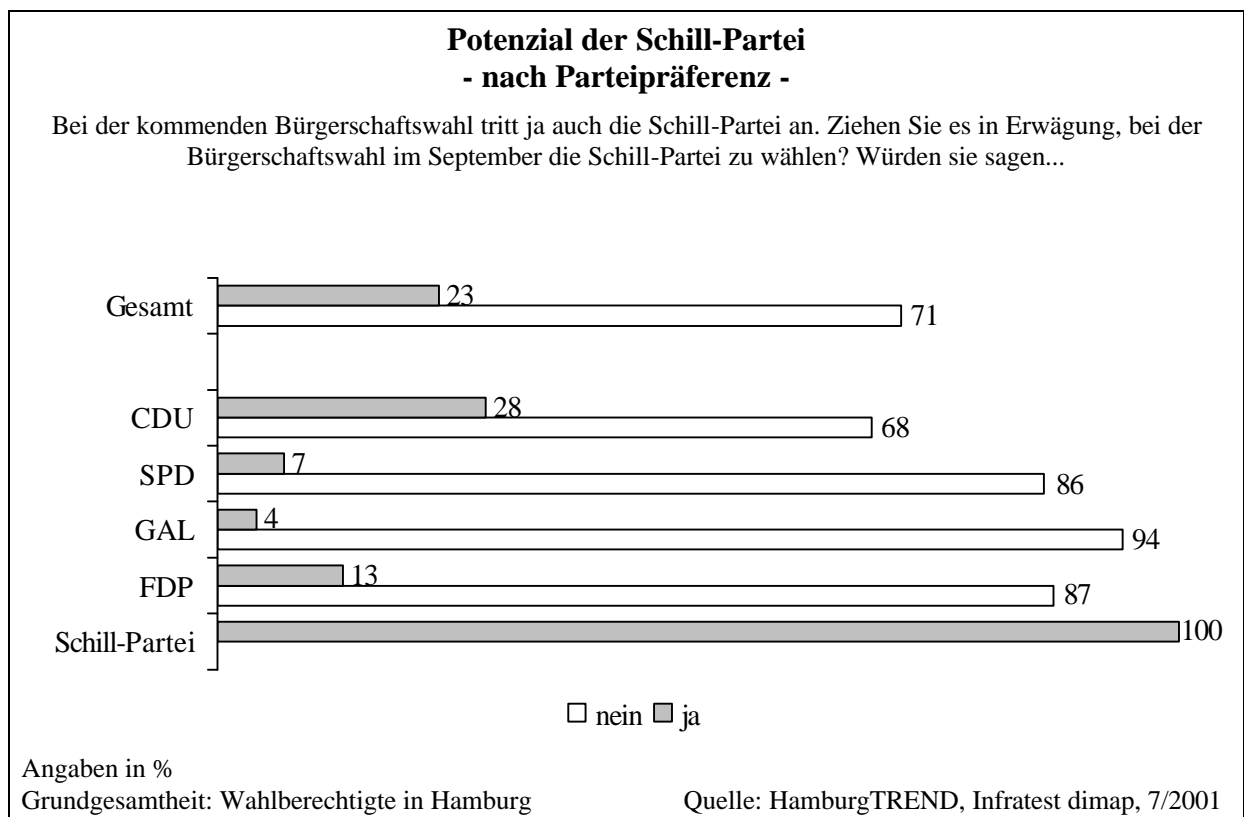
Das politische Meinungsklima in den letzten Wochen vor der Hamburger Bürgerschaftswahl wurde dominiert von einer zuweilen scharfen Auseinandersetzung um das Thema Innere Sicherheit sowie um den Spitzenkandidaten der „Partei Rechtsstaatlicher Offensive“, Ronald Schill. Besondere Brisanz erhielt die Thematik noch durch die Terror-Attentate auf die USA am 11. September und die Tatsache, dass einige der Attentäter vor den Anschlägen in Hamburg gelebt hatten.

Dem beurlaubten Amtsrichter Schill gelang es im Verlauf des Wahlkampfes, die in der Wahrnehmung der Bevölkerung wichtige Problematik der Verbrechensbekämpfung zu dem allein dominierenden Thema der Wahlkampfauseinandersetzung zu machen. Dabei kamen ihm seine rhetorischen Fähigkeiten, seine mitunter populistische Argumentationsweise und seine Vergangenheit als streng urteilender Amtsrichter zugute. Weder SPD noch CDU konnten ihm personell Paroli bieten. Hinzu kam ein in Hamburg seit Anfang der 90er Jahre vorhandenes Reservoir für kleinere Protestparteien, aus dem er schöpfen konnte.



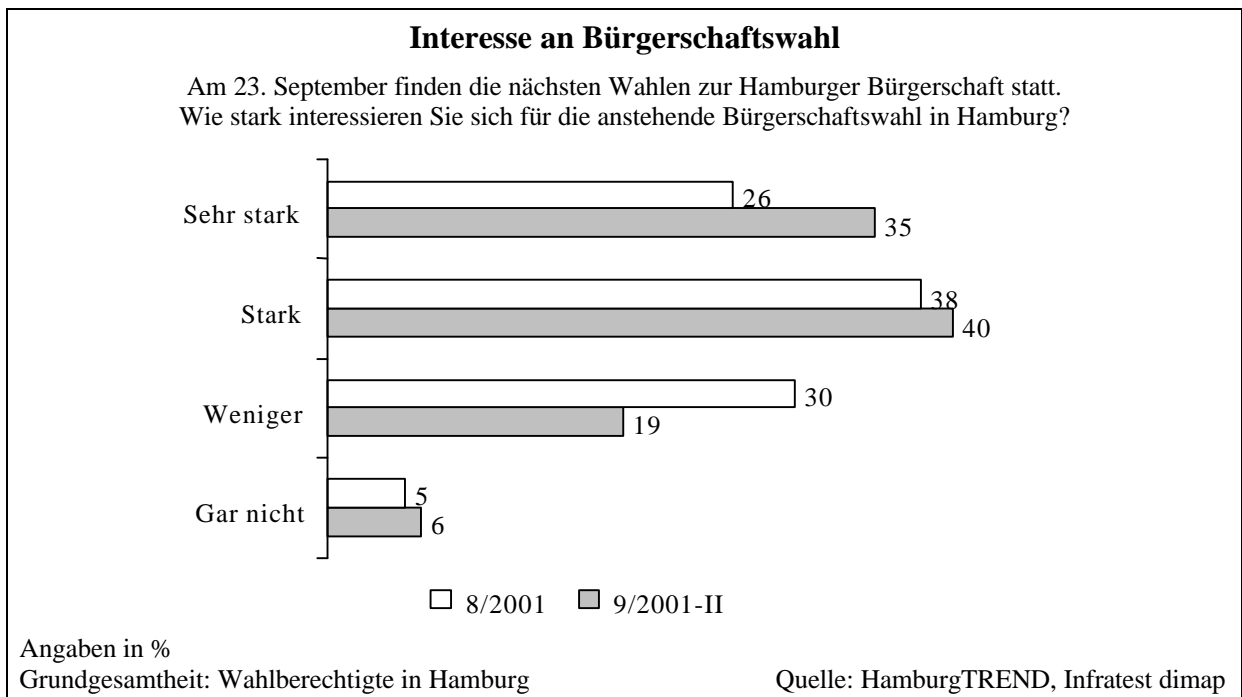
Obwohl der rot-grüne Senat unter Führung des Ersten Bürgermeisters Ortwin Runde im Bereich der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik keine schlechte Leistungsbilanz vorzuweisen hatte, war aufgrund der großen Unzufriedenheit in Bezug auf die Verbrechensbekämpfung eine zwar nicht extreme, aber dennoch deutliche Protest- und Wechselstimmung spürbar. Diese führte zu einer zurückhaltenden Bewertung von SPD und Grünen und einer immer besseren Stimmungslage für die Schill-Partei. Kurz vor der Wahl standen sich daher zwei etwa gleich große Wählerblöcke aus SPD und Grünen einerseits sowie CDU, FDP und Schill-Partei andererseits gegenüber.

Die SPD hatte sich dabei seit Mitte des Jahres in der Wählergunst kaum mehr bewegt und lag durchgehend bei etwa 35 Prozent der Wählerstimmen. Für die ebenfalls unter der Popularität Schills leidende CDU war die Stimmung in den letzten Monaten leicht rückläufig, gleiches gilt für die Grünen und die FDP. Bei den Grünen war bereits vor der Wahl absehbar, dass sie an ihre ungewöhnlich guten Wahlerfolge von 1993 und 1997 nicht mehr anknüpfen konnten. Im Gegensatz zu den eher geringfügigen Bewegungen bei den etablierten Parteien, kam es für die Schill-Partei zu einem deutlichen Aufstieg in der Stimmungslage von 6 Prozent im November 2000 bis etwa 16 Prozent in den letzten Umfragen vor der Wahl. Das Potenzial für die Schill-Partei lag aber noch über diesem Wert und belief sich Mitte des Jahres auf etwa 23 Prozent.



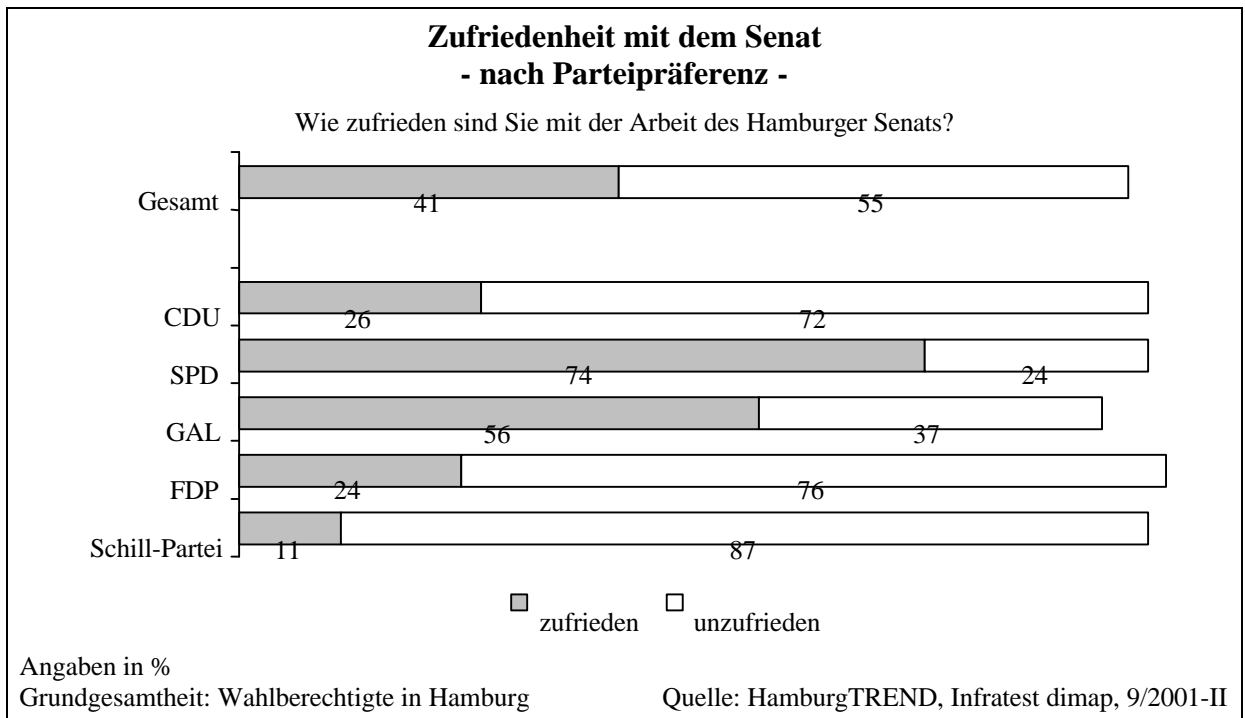
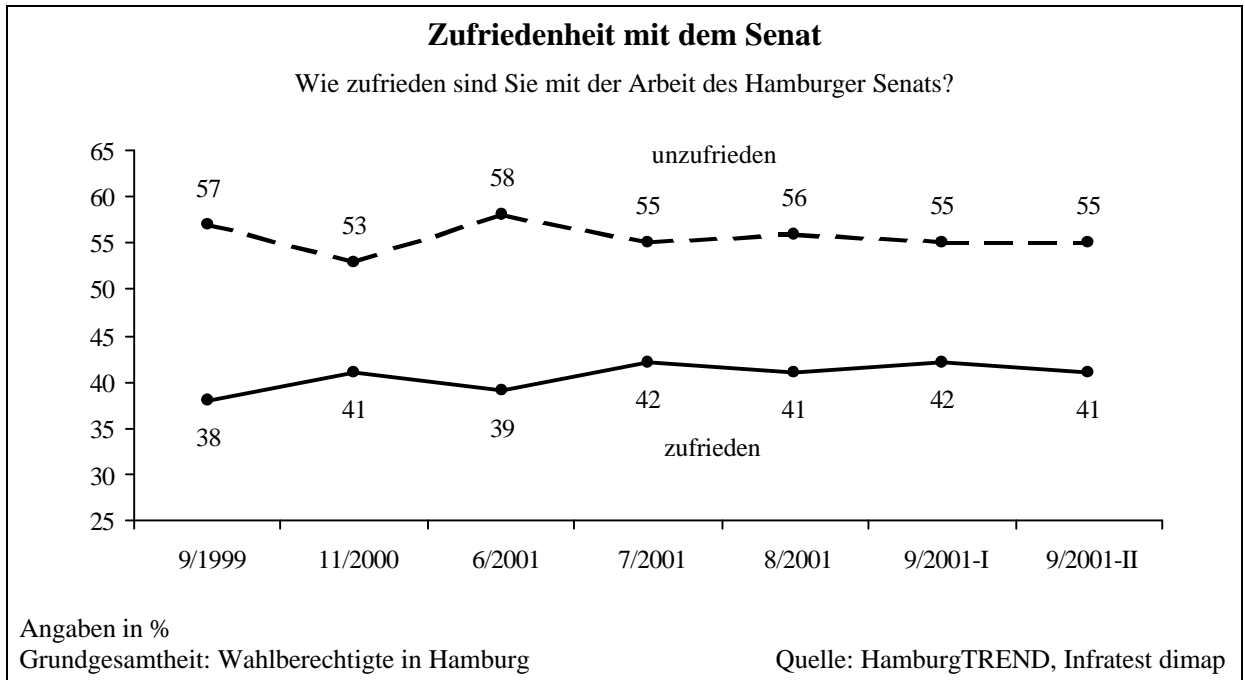
Für die rechtsextremen Parteien DVU und REP wurde im Vorfeld der Wahl nur ein Potenzial von insgesamt 5 Prozent ermittelt (Infratest dimap, 9/2001), wodurch der Einzug in die Bürgerschaft als unwahrscheinlich galt. Auch bei der STATT-Partei, die 1993 noch 5,6 Prozent der Stimmen und 1997 3,8 Prozent erzielen konnte, sowie bei der Grünen/GAL-Abspaltung REGENBOGEN-Partei wurde kein Einzug in die Bürgerschaft erwartet.

Dass die Wahlbeteiligung in diesem Jahr nicht geringer ausfallen würde als bei der letzten Bürgerschaftswahl 1997, wurde vor dem Hintergrund der polarisierten Wahlkampfauseinandersetzung ebenfalls richtig vermutet. Kurz vor der Wahl zeigten drei Viertel der Hamburger starkes bis sehr starkes Interesse für die anstehende Wahl. Nur 25 Prozent waren wenig bzw. gar nicht interessiert.

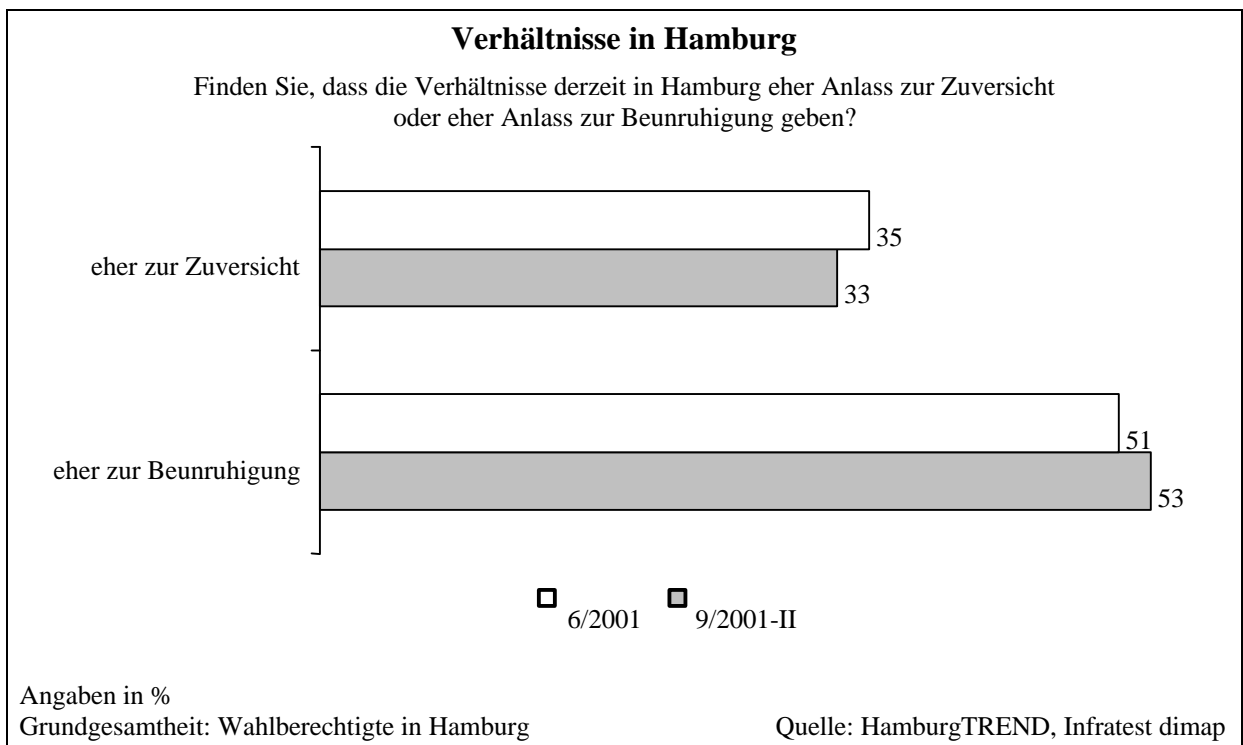
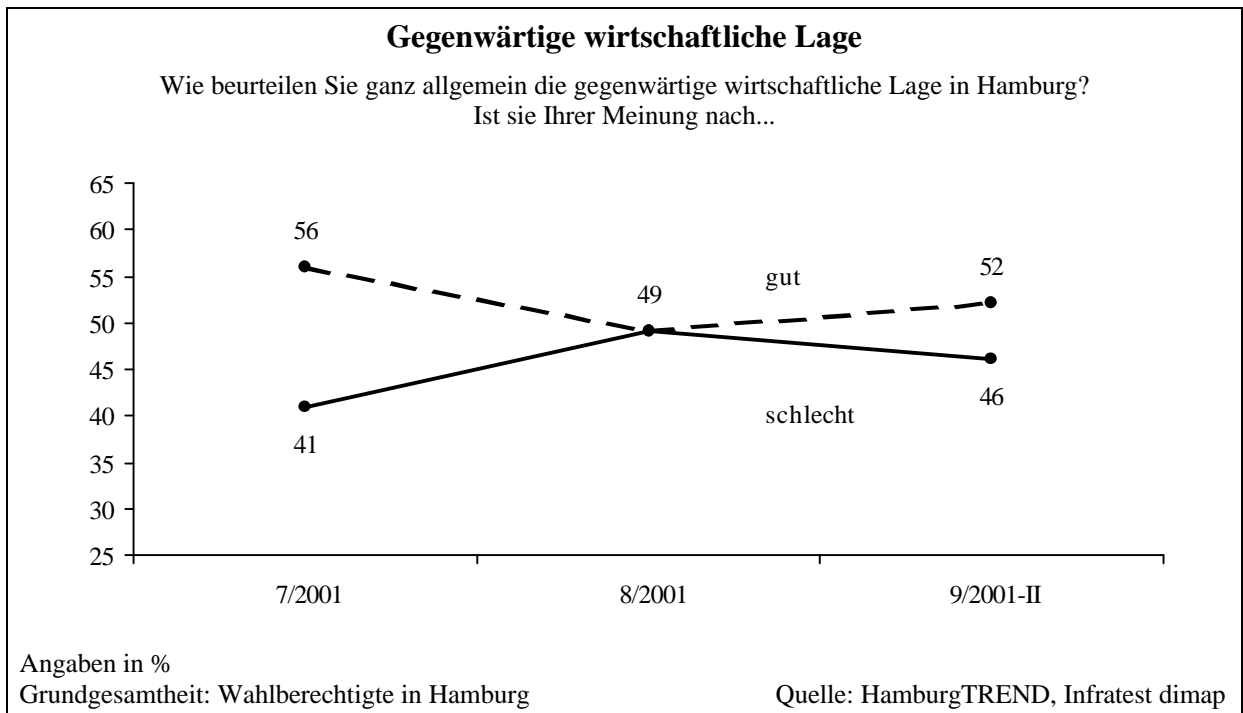


4.2 Die Regierungsbewertung

Die Mehrheit der Hamburger (55 Prozent) war im Vorfeld der Wahl mit den Leistungen des Senats unzufrieden. Nur 41 Prozent bewerteten die Arbeit von Rot-Grün positiv. Selbst ein Viertel der SPD-Anhänger und über ein Drittel der Grünen/GAL-Wähler waren unzufrieden mit der Arbeit des Hamburger Senats.



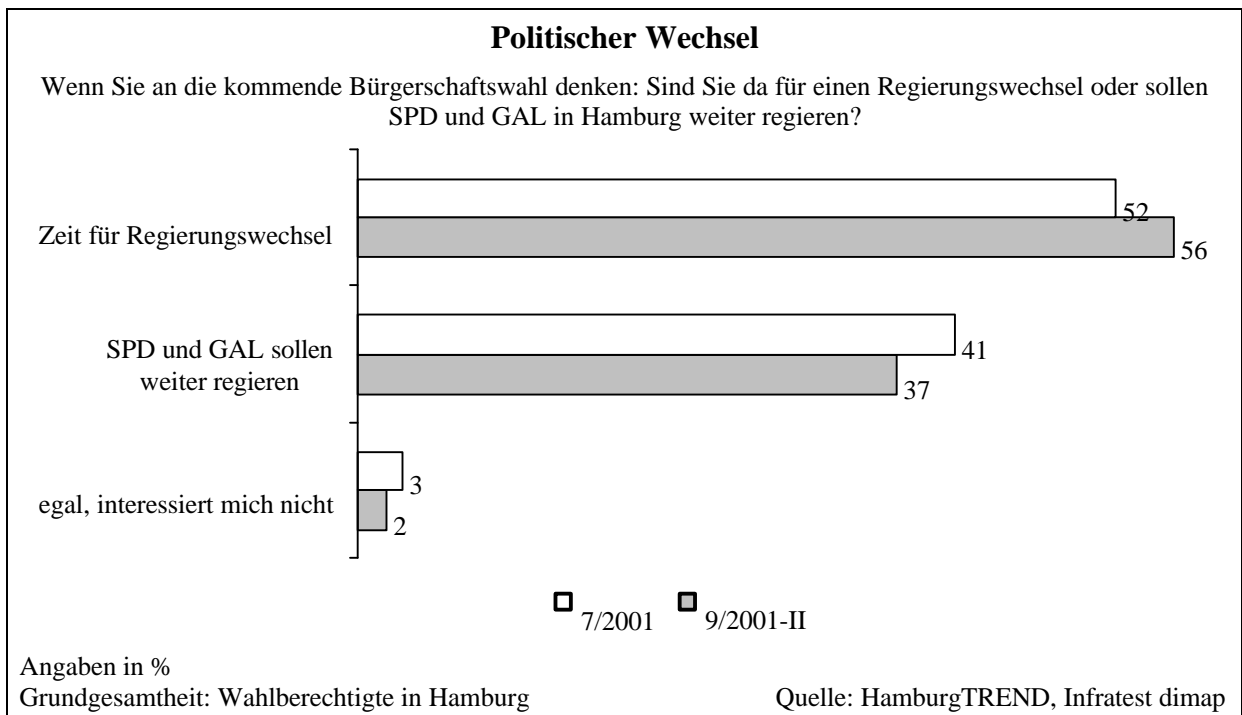
Insgesamt fiel die Leistungsbewertung zwar nicht außergewöhnlich negativ aus, dennoch war eine Misstimmung deutlich spürbar. Obwohl 52 Prozent der Hamburger die wirtschaftliche Lage in der Stadt als gut bezeichneten, waren etwa ebenso viele Bürger der Ansicht, dass die Verhältnisse in der Hansestadt Anlass zur Beunruhigung geben.



Diese Sorge basierte vor allem auf der hohen Verbrechensrate in der Stadt und auf der als mangelhaft empfundenen Arbeit des Senats bei der Bekämpfung der Kriminalität. Hinzu kam die lange Regierungszeit der Hamburger SPD von 44 Jahren, die von der Opposition mit dem Vorwurf von Filz und Günstlingswirtschaft verknüpft wurde. Tatsächlich empfanden selbst

47 Prozent der SPD-Anhänger ihre Partei als „verkrustet und unbeweglich“; 46 Prozent brachten sie in Verbindung mit „zu viel Filz und Vetternwirtschaft“ (Forschungsgruppe Wahlen, 9/2001). Insgesamt wurde die SPD in Hamburg auch deutlich schlechter bewertet als die SPD im Bund. Auf einer Skala von +5 bis -5 erhielt die Partei Ortwin Rundes einen Durchschnittswert von 0,6, während die Bundes-SPD mit 1,7 bewertet wurde. 1997 war es noch umgekehrt. Damals erhielt die Hamburger SPD eine 1,3, die Bundes-SPD nur eine 1,0 (Forschungsgruppe Wahlen, 9/2001).

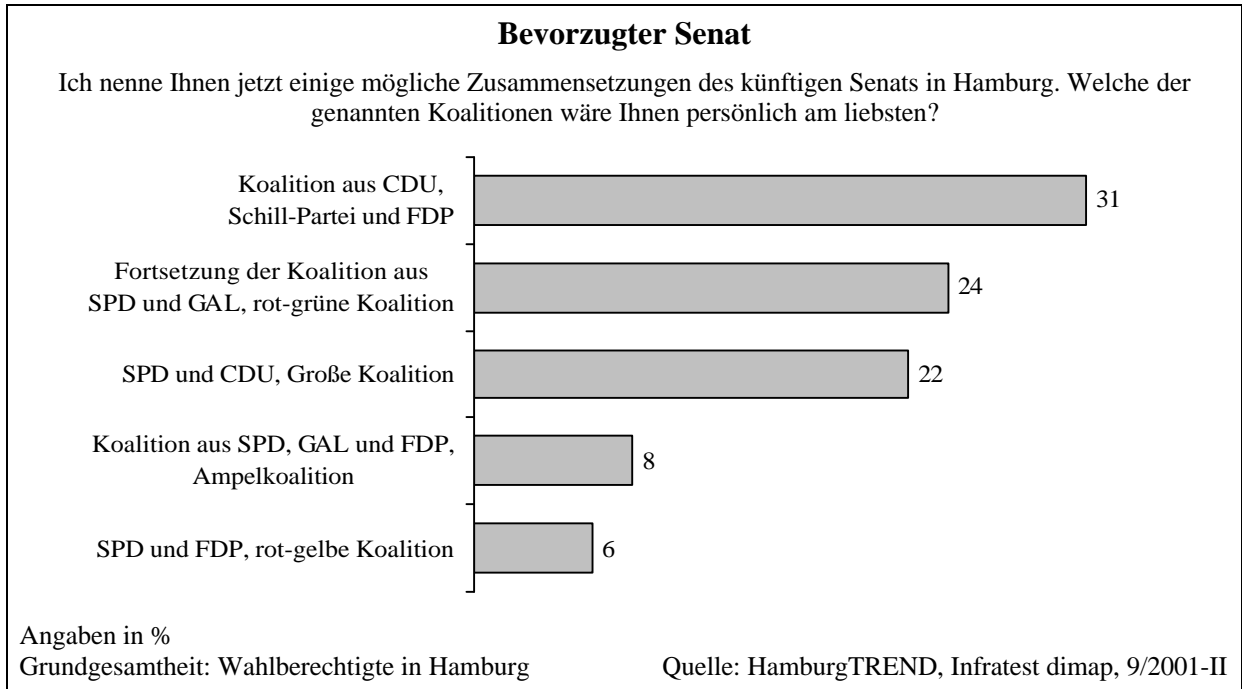
Alles in allem mündete die Unzufriedenheit mit Rot-Grün im Bereich der Inneren Sicherheit in einer Protest- und Wechselstimmung, die sich in den letzten Wochen des Wahlkampfes noch verstärkte, so dass sich kurz vor der Wahl 56 Prozent der Hamburger gegen eine Fortsetzung der bisherigen Regierungskoalition aussprachen.



4.3 Die Koalitionspräferenzen

Obwohl die Regierungsparteien in ihrem Wahlkampf darum bemüht waren, die Schill-Partei als eine nicht wählbare, extremistische Gruppierung hinzustellen, folgte fast die Hälfte der Bürger dieser Sichtweise nicht. Für 43 Prozent war die Schill-Partei eine demokratische Partei; 44 Prozent sahen dies nicht so (Forschungsgruppe Wahlen, 9/2001). Vor diesem Hinter-

grund ist es nicht verwunderlich, dass sich ein Großteil der Hamburger von 31 Prozent für eine Koalition aus CDU, Schill-Partei und FDP („Bürgerblock“) aussprach. Nur 24 Prozent bevorzugten die Fortsetzung der rot-grünen Koalition, während 22 Prozent eine Große Koalition forderten.



**Bevorzugter Senat
- nach Parteipräferenz -**

Ich nenne Ihnen jetzt einige mögliche Zusammensetzungen des künftigen Senats in Hamburg.
Welche der genannten Koalitionen wäre Ihnen persönlich am liebsten?

	Gesamt	CDU	SPD	Grüne/ GAL	FDP	Schill- Partei
	%	%	%	%	%	%
Koalition aus CDU, Schill-Partei und FDP	31	60	-	-	49	92
Fortsetzung der Koalition aus SPD und GAL, rot-grüne Koalition	24	1	51	83	3	2
SPD und CDU, Große Koalition	22	30	20	1	14	5
Koalition aus SPD, GAL und FDP, Ampelkoalition	8	2	14	16	3	-
SPD und FDP, rot-gelbe Koalition	6	1	12	-	26	-

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Hamburg

Quelle: HamburgTREND, Infratest dimap, 9/2001-II

Für den Bürgerblock votierten 60 Prozent der CDU-Wähler, knapp die Hälfte der FDP-Anhänger und fast alle Wähler der Schill-Partei. Die Fortsetzung der rot-grünen Koalition wurde vor allem von den Anhängern der Grünen/GAL bevorzugt. Demgegenüber zeigte sich bei den SPD-Anhängern ein gespaltenes Bild: 51 Prozent sprachen sich für Rot-Grün aus, 20 Prozent für eine Große Koalition, 14 Prozent für eine Ampelkoalition und 12 Prozent für ein sozial-liberales Bündnis.

4.4 Die wichtigsten politischen Themen

Das Problem der Kriminalitätsbekämpfung wurde im Wahlkampf zu dem dominierenden Thema auf der Prioritätenrangliste der Hamburger. Der Kampf gegen Drogenkriminalität und Gewalt auf den Straßen war zuletzt für 56 Prozent der Bürger die vordringlichste politische Aufgabe. Demgegenüber hatten andere Problemthemen deutlich weniger Brisanz. Das Thema Arbeitslosigkeit rangierte mit 32 Prozent auf Platz 2. Danach folgten mit 17 Prozent die Verkehrssituation in der Stadt sowie mit 11 Prozent das Thema Bildungspolitik. Für 9 Prozent der Hamburger war die Wirtschaftslage der Stadt ein vorrangiges Problem, weitere 8 Prozent forderten eine stärkere Bekämpfung sozialer Ungerechtigkeiten.

Wichtigkeit politischer Themen			
Welches sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten politischen Probleme in Hamburg, die vordringlich gelöst werden müssen?			
	11/2000	6/2001	9/2001-I
	%	%	%
Kriminalität/Gewalt/Drogen	34	59	56
Arbeitslosigkeit	30	31	32
Verkehr	18	18	17
Bildung/Schule/Ausbildung	14	10	11
Wirtschaftliche Situation	10	7	9
Soziale Probleme/soz. Ungerechtigkeit	17	10	8
(zu viele) Ausländer/Asylbewerber	11	10	6

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Hamburg Quelle: HamburgTREND, Infratest dimap

Die Terror-Anschläge auf die USA am 11. September führten zwar zu einer mehrtägigen Unterbrechung des Wahlkampfes. Und auch die damit zusammenhängende Fahndung nach Spuren der Terroristen in Hamburg wurde in den letzten Tagen der Wahlkampfauseinandersetzung noch durchaus kontrovers diskutiert. Dennoch scheint sich die Thematik

insgesamt nur wenig auf das Wahlergebnis ausgewirkt zu haben. 90 Prozent der Wähler gaben an, dass die Terror-Anschläge auf die USA keine Rolle für ihre Wahlentscheidung spielten (Infratest dimap, 9/2001). Und nur 15 Prozent der Bürger gaben Hamburger Behörden eine Mitschuld daran, dass einige der Attentäter vor den Anschlägen unbemerkt in Hamburg leben konnten. Insgesamt haben die Vorfälle um die Terror-Attentate wohl nur den Trend zugunsten der Schill-Partei gefestigt, ohne einen entscheidenden Zugewinn zu verursachen.

4.5 Die Problemlösungskompetenzen der Parteien

Bei den meisten für die Hamburger besonders wichtigen Themen erhielt nicht die SPD, sondern eine der bürgerlichen Parteien die beste Kompetenzbewertung. Beim Top-Thema Innere Sicherheit wurde in einigen Umfragen die Union, in anderen die Schill-Partei als kompetenteste Partei angesehen. In der Infratest dimap-Erhebung von Anfang September nannten 33 Prozent der Bürger die CDU. Die SPD wurde nur von 24 Prozent als kompetenteste Partei bewertet. Die Schill-Partei erhielt 19 Prozent. In den letzten Erhebungen der Forschungsgruppe Wahlen war die Schill-Partei bei der Verbrechensbekämpfung mit 26 Prozent auf Platz 1, knapp vor der CDU mit 24 Prozent und deutlich vor der SPD mit 19 Prozent. In allen Umfragen blieb die Innere Sicherheit das einzige Politikfeld, in dem die Schill-Partei eine gute Kompetenzbeurteilung erhielt. Dies entsprach ihrem Ein-Themen-Wahlkampf.

Parteikompetenz (Infratest dimap)

Ich nenne Ihnen jetzt einige Probleme, die Hamburg betreffen. Bitte sagen Sie mir jeweils, welcher Partei Sie es am ehesten zutrauen, dieses Problem in Hamburg zu lösen.

	CDU	SPD	Grüne / GAL	FDP	Schill- Partei	Keiner Partei
	%	%	%	%	%	%
Kriminalität und Verbrechen in Hamburg bekämpfen	33 (±0)	24 (-1)	2 (±0)	2 (±0)	19 (+2)	6 (-2)
Arbeitsplätze sichern und neue schaffen	30 (+2)	41 (-4)	1 (-1)	4 (+1)	1 (+1)	9 (-2)
Die Verkehrsprobleme der Stadt lösen	34 (+2)	27 (+3)	7 (-4)	3 (-1)	2 (+2)	10 (-1)
Eine gute Schul- und Bildungspolitik betreiben	33 (+3)	30 (-4)	6 (-1)	5 (±0)	1 (±0)	6 (-2)
Für soziale Gerechtigkeit sorgen	19 (+4)	41 (-4)	10 (±0)	3 (-2)	4 (+1)	7 (-3)
Eine gute Ausländer- und Asylpolitik betreiben	24 (+1)	30 (-1)	11 (-3)	4 (±0)	7 (+3)	7 (-1)
Den Wirtschaftsstandort Hamburg sichern	34 (±0)	43 (-1)	0 (-1)	4 (-1)	1 (±0)	4 (±0)
Die Zukunftsprobleme Hamburgs lösen	28 (+4)	35 (-1)	2 (-4)	3 (±0)	3 (+1)	8 (-5)

Kompetenteste Partei **fett** gedruckt
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Hamburg

Angaben in Klammern: Vgl. zum 6/2001
Quelle: HamburgTREND, Infratest dimap, 9/2001-I

Die CDU führte klar bei den beiden anderen Top-Themen Verkehrspolitik und Bildungspolitik. Einzig das auf dem zweiten Rang der Prioritätenrangliste stehende Thema Arbeitsmarkt blieb in den Händen der SPD, obwohl auch hier der Vorsprung vor der CDU in einigen Umfragen äußerst knapp war.

Die Grünen/GAL konnten die Bürger in keinem der wichtigen Themenfelder wirklich überzeugen. Spezifisch umweltpolitische Fragestellungen spielten im Wahlkampf ohnehin keine Rolle. Auch bei der FDP blieb das Kompetenzprofil flach.

Parteikompetenz (Forschungsgruppe Wahlen)				
Welche Partei löst die folgenden Probleme am ehesten?				
	CDU	SPD	Schill- Partei	Grüne / GAL
	%	%	%	%
Kriminalität	24	19	26	*
Arbeitsplätze	31	33	*	*
Verkehr	30	22	*	11
Bildung	34	28	*	6

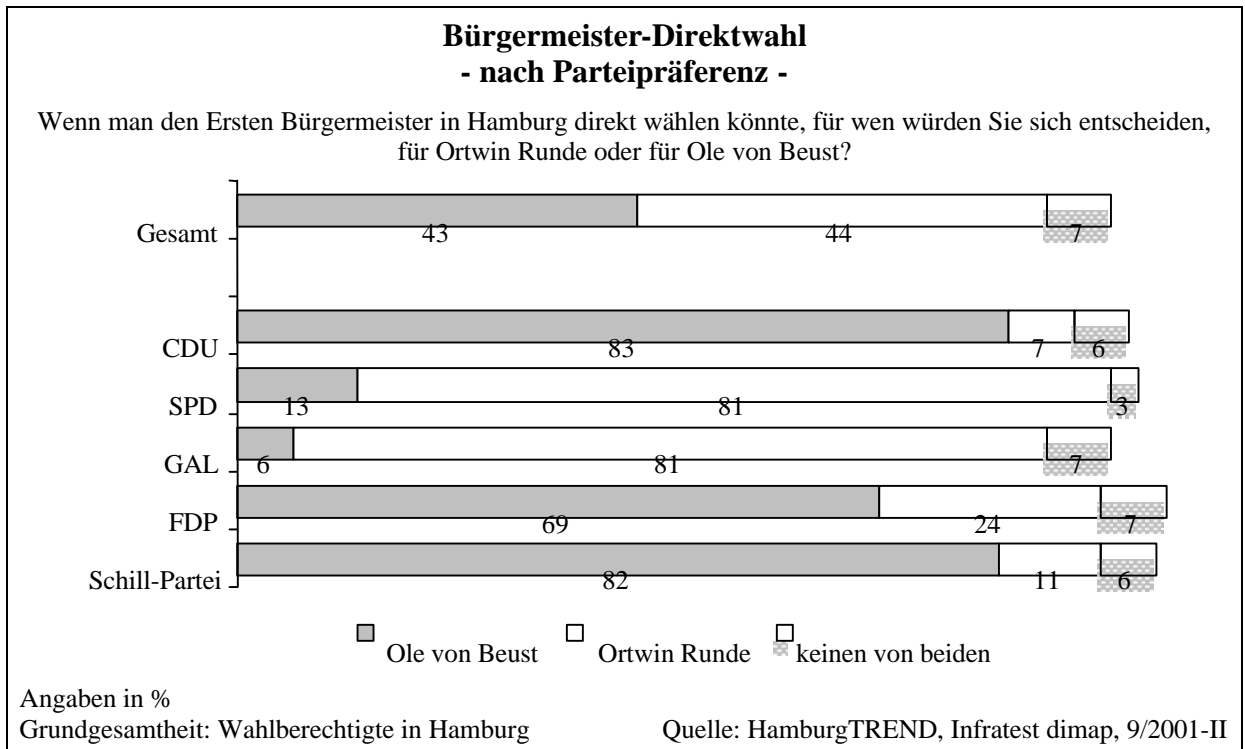
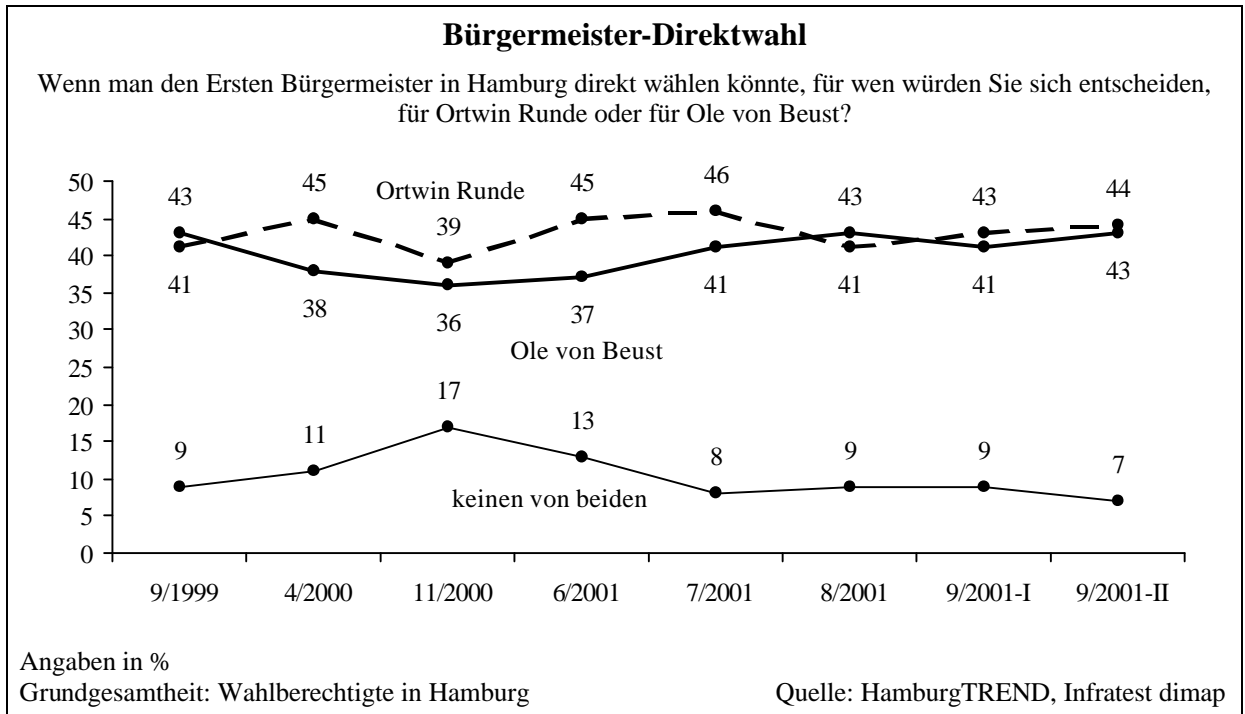
Kompetenteste Partei **fett** gedruckt; *: keine Angabe
 Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Hamburg

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, 9/2001

4.6 Die Bewertung der Spitzenkandidaten

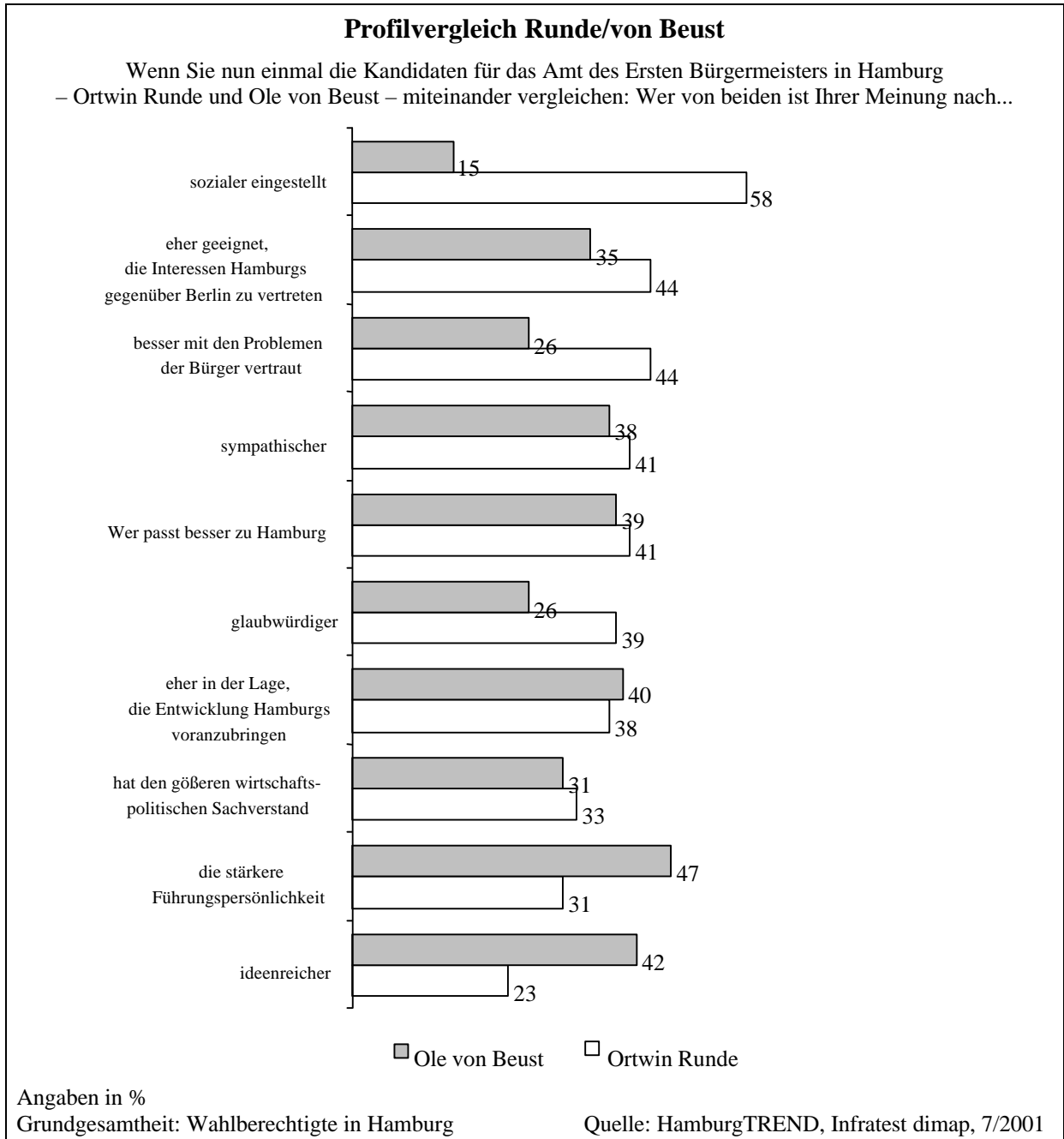
Der Erste Bürgermeister Ortwin Runde konnte bei dieser Wahl keinen Amtsbonus ins Feld führen. Seine Bewertung blieb verglichen mit den Werten anderer Landeschefs schwach. Bei der Frage nach der Bürgermeister-Direktwahl lag er immer nur knapp vor dem CDU-Herausforderer Ole von Beust; zuletzt ergab sich ein Patt, wobei Runde von 44 Prozent und von Beust von 43 Prozent der Hamburger bevorzugt wurde.

Beide Spitzenkandidaten konnten gleich gut mobilisieren und erhielten von der großen Mehrheit ihrer jeweiligen Wählerschaft Zuspriechung. Für Runde votierten 81 Prozent der SPD- und Grünen-Anhänger, für von Beust waren es 83 Prozent der CDU-Wähler. FDP- und Schill-Anhänger entschieden sich klar für den CDU-Spitzenkandidaten von Beust. Ortwin Runde konnte mithin keine über die Parteigrenzen hinausreichende Popularität als „Landesvater“ aufbauen.

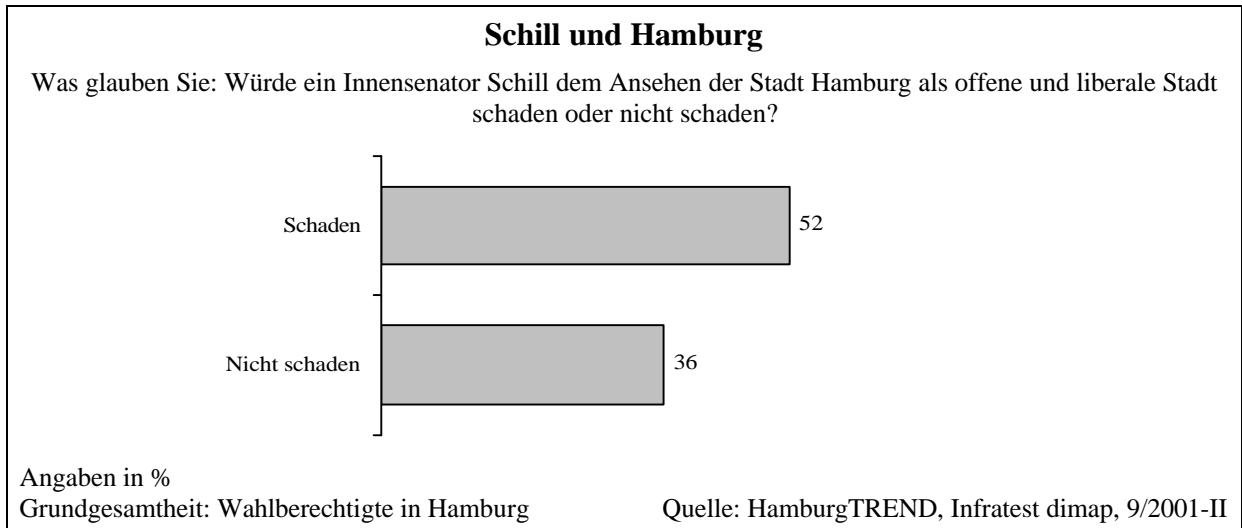


Auch der Blick auf die Kandidatenprofile zeigt ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Runde und von Beust. Bei vielen Eigenschaften lagen die Werte des Amtsinhabers und des Herausforderers nahe beieinander („sympathischer“, „passt besser zu Hamburg“, „eher in der Lage Hamburg voran zu bringen“, „hat größeren wirtschaftspolitischen Sachverstand“). Profil-

spitzen ergaben sich auf Seiten Rundes bei der „sozialen Einstellung“ (58 Prozent, von Beust: 15 Prozent), der „Glaubwürdigkeit“ (39 Prozent, von Beust: 26 Prozent), bei der „Vertretung Hamburger Interessen im Bund“ (44 Prozent, von Beust: 35 Prozent) sowie bei der „Vertrautheit mit den Problemen der Bürger“ (44 Prozent, von Beust: 26 Prozent). Ole von Beust galt hingegen als „stärkere Führungspersönlichkeit“ (47 Prozent, Runde: 31 Prozent) und als „ideenreicher“ (42 Prozent, Runde: 23 Prozent).



Der Spitzenkandidat der „Partei Rechtsstaatlicher Offensive“, Ronald Schill, war wie seine Partei selbst ein Thema im Wahlkampf und wurde von den Regierungsparteien als rechtsextremer Außenseiter dargestellt. Auch hier zeigte sich aber, dass nur etwa die Hälfte der Hamburger Schill als zu radikal ablehnte. 52 Prozent der Bürger waren der Auffassung, dass ein Innensenator Schill dem Ansehen Hamburgs schaden würde; 36 Prozent teilten diese Meinung nicht.



Zwar blieben die Aussagen des beurlaubten Amtrichters für viele Wähler fragwürdig, und etwa 60 Prozent meinten, Schill verspreche viel, was er nicht halten kann. Dennoch hielten ihn 40 Prozent der Hamburger für glaubwürdig. Etwa ebenso viele Bürger, 39 Prozent, waren der Auffassung, Schill mache Hamburg wieder zu einer sicheren Stadt (Infratest dimap, 9/2001). Diese Einschätzung spiegelt sich auch in der Kompetenzbewertung der Spitzenkandidaten wider. Schill führte klar bei der Bekämpfung der Kriminalität. Ortwin Runde lag bei der Arbeitsmarktpolitik vorn, wenn auch nur ganz knapp mit einem Punkt vor Ole von Beust. Diesem wurde die beste Bildungspolitik zugetraut.

Kompetenzprofil der Spitzenkandidaten

Welcher Kandidat kann die folgenden Probleme am ehesten lösen?

	von Beust	Runde	Schill
	%	%	%
Kriminalität	26	18	37
Arbeitsplätze	35	36	6
Bildung	38	26	5

Kompetentester Kandidat **fett** gedruckt
 Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Hamburg

Quelle: EMNID, 9/2001

Bei der Bewertung der Spitzenpolitiker nach Schulnoten schnitt Schill in der Gesamtbevölkerung mit einer Durchschnittsnote von 4,1 allerdings deutlich schlechter ab als Runde (3,0) und von Beust (3,1). Dies war freilich auf die stark polarisierte Bevölkerungsmeinung in Bezug auf den beurlaubten Amtsrichter zurückzuführen. Von seinen eigenen Anhängern erhielt er eine deutlich bessere Note als Runde und von Beust von ihren jeweiligen Anhängerschaften. Überhaupt zeigt die nüchterne Benotung Rondes und von Beusts im Zweier- bis Dreier-Bereich, dass keiner der Kandidaten der beiden Volksparteien die Wähler wirklich begeistern konnte.

Politikerbenotung

Bitte beurteilen Sie die geleistete politische Arbeit des jeweiligen
Politikers/der jeweiligen Politikerin anhand von Schulnoten.

	Durchschnittsnoten alle Befragten		Durchschnittsnoten Parteianhänger		Bekanntheit in %
Ortwin Runde (SPD)	3,0	(-0,2)	2,3	(-0,1)	92
Ole von Beust (CDU)	3,1	(+/-0)	2,3	(+0,1)	88
Olaf Scholz (SPD)	3,2	(-0,2)	2,7	(+/-0)	60
Krista Sager (Grüne/GAL)	3,3	(-0,2)	2,4	(+0,1)	83
Rudolf Lange (FDP)	3,6	(-0,3)	3,1	(-0,4)	48
Ronald Schill (PRO/Schill-Partei)	4,1	(-0,2)	2,1	(-0,2)	83

Mittelwerte einer Skala von 1 (hat sehr gute Leistungen erbracht) bis 6 (hat sehr schlechte Leistungen erbracht)

Angaben in Klammern: Vgl. zu 07/2001

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Hamburg

Quelle: HamburgTREND, Infratest dimap, 9/2001-II

5. Anhang

5.1 Die Wahlergebnisse seit der Bundestagswahl 1998 im Vergleich

Seit der Bundestagswahl 1998 fanden mit der Bürgerschaftswahl in Hamburg 12 Landtagswahlen und eine Europawahl statt, die für die einzelnen Parteien äußerst unterschiedlich ausfielen.

Für die **CDU** fällt die Bilanz des 23. September 2001 zwiespältig aus. Einerseits kann sie sich zu den Gewinnern der Wahl zählen, weil Rot-Grün in Hamburg die Mehrheit verloren hat und Ole von Beust wahrscheinlich neuer Erster Bürgermeister der Hansestadt werden wird. Andererseits musste sie Verluste von 4,5 Prozentpunkten hinnehmen. Auch die Landtagswahlen im Frühjahr dieses Jahres waren für die Union mit gemischten Gefühlen verbunden. Während sie in Baden-Württemberg Gewinne verbuchen konnte und die christlich-liberale Regierung mit komfortabler Mehrheit fortgesetzt wurde, mussten die Christdemokraten in Rheinland-Pfalz Verluste erleiden. Für die vorangegangenen Wahlen gilt, dass die CDU 1999 nach der verlorenen Bundestagswahl sehr erfolgreich war und politisches Terrain zurückgewinnen konnte. So stieg bei der Landtagswahl in Hessen ihr Anteil um 4,2 Prozentpunkte an. Mit 43,4 Prozent erzielte die Union eines ihrer besten Ergebnisse bei hessischen Landtagswahlen und konnte damit gemeinsam mit der FDP den Regierungswechsel in Hessen herbeiführen. Der Aufwärtstrend setzte sich in Bremen (+4,5 Prozentpunkte) und insbesondere in Brandenburg (+7,8 Prozentpunkte) und Thüringen (+8,4 Prozentpunkte) fort. In Brandenburg erfolgte damit der Wechsel von der SPD-Alleinregierung zur Großen Koalition. In Thüringen erreichte die CDU (nach einer Großen Koalition) die absolute Mehrheit. Im Saarland wurde die CDU (45,5 Prozent; +6,9 Prozentpunkte) nach fast 20 Jahren wieder stärkste Partei und stellt gegenwärtig die Landesregierung. In Berlin im Oktober 1999 erzielte die CDU einen Stimmenzuwachs von 3,4 Prozentpunkten. In Sachsen im September 1999 büßte die CDU zwar 1,2 Prozent ihrer Wähler ein, ihr Stimmenanteil ist allerdings weiterhin so komfortabel (56,9 Prozent), dass sie ihre Alleinregierung fortsetzen konnte. Bei den Landtagswahlen 2000 kam es vor dem Hintergrund der Finanzaffäre der Partei dann wieder zu leichten Stimmeneinbußen der CDU. In Schleswig-Holstein verlor die Union 2 Prozentpunkte und in Nordrhein-Westfalen 0,7 Prozentpunkte.

Auch die **SPD** kann bei der Hamburg-Wahl eine gemischte Bilanz ziehen. Zwar gelang ihr es, den Stimmenanteil konstant zu halten. Dennoch verlor sie durch die hohen Verluste ihres grünen Koalitionspartners – wie bereits in Hessen 1999 – die Regierungsmehrheit. Insgesamt bleibt das Ergebnis für die SPD insofern erfreulich, als sie durch ihre leichten Zugewinne sowie durch ihr gutes Abschneiden bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz ihre Niederlagenserie von 1999 klar beenden konnte. Im Saarland verloren die So-

zialdemokraten damals 5 Prozentpunkte. Zweistellig waren anschließend die Verluste in Brandenburg (-14,8 Prozentpunkte). In Thüringen büßte sie 11,1 Prozentpunkte und damit ein Drittel ihrer Wähler ein. In Sachsen erreichten die Sozialdemokraten mit nur 10,7 Prozent ihr schlechtestes Ergebnis bei Landtagswahlen überhaupt und lagen damit ebenso wie in Thüringen hinter der PDS auf dem dritten Platz. In Berlin fiel die SPD nach nur moderaten Verlusten – mit einem Stimmenanteil von 22,4 Prozent – auf ihr schlechtestes Ergebnis in der Stadt zurück. In Nordrhein-Westfalen im Mai 2000 musste sie erneut Einbußen hinnehmen. Ein Rückgang um 3,2 Prozentpunkte bescherte der SPD hier das schlechteste Ergebnis seit 1962. Die Fortsetzung der rot-grünen Landesregierung wurde jedoch nicht gefährdet. Außer bei den letzten Wahlen in Hamburg, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz verbuchten die Sozialdemokraten in Hessen, Bremen und Schleswig-Holstein Stimmengewinne. In Hessen gewannen sie zwar 1,4 Prozent der Stimmen hinzu, konnten aber nicht verhindern, dass das rot-grüne Bündnis durch eine CDU/FDP-Landesregierung abgelöst wurde. Ausschlaggebend war hier das schlechte Abschneiden der hessischen Grünen. In Bremen gewann die SPD – ausgehend von ihrem schlechtesten Ergebnis bei dortigen Bürgerschaftswahlen – 9,2 Prozentpunkte hinzu. In Schleswig-Holstein legte sie 3,3 Prozentpunkte zu.

Die **FDP** hat durch ihren Zugewinn in Hamburg (1,6 Prozentpunkte) sowie durch ihren Einzug in die Bürgerschaft ihre Verlustserie im Frühjahr dieses Jahres beendet und an die Erfolge von 2000 anknüpfen können. Allerdings gelang es ihr nicht, das gute Ergebnis bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen (9,8 Prozent) zu wiederholen. Von dem von ihr selbst erklärten Wahlziel 18 Prozent ist sie nach wie vor weit entfernt. Nach leichten Verlusten bei der Bundestagswahl im September 1998 folgten in Hessen deutliche Verluste, die sie nur knapp die Sperrklausel für den Wiedereinzug in den hessischen Landtag überwinden ließen. In Bremen scheiterten die Liberalen mit 2,5 Prozent der Stimmen wie bereits vier Jahre zuvor an der Fünf-Prozent-Hürde. Ebenso erging es ihnen in Brandenburg (1,9 Prozent), im Saarland (2,6 Prozent), in Thüringen (1,1 Prozent), Sachsen (1,1 Prozent) und in Berlin (2,2 Prozent).

Bei den **Grünen** hat sich auch in Hamburg der seit Frühjahr 1998 anhaltende Negativtrend fortgesetzt. In Hessen verloren die Grünen vier Prozentpunkte, so dass trotz der Zugewinne der SPD die rot-grüne Regierung im Wiesbadener Landtag nicht fortgesetzt werden konnte und seitdem eine CDU/FDP-Koalition die Geschicke des Landes lenkt. In Bremen büßten sie über vier Prozentpunkte ein, was seit 1979 für die Grünen erstmals Verluste bedeutete, ihren Wiedereinzug in die Bremische Bürgerschaft jedoch nicht gefährdete. Im Saarland fielen sie unter die Fünf-Prozent-Marke. In Brandenburg (1,9 Prozent), Sachsen (2,6 Prozent) und Thüringen (1,9 Prozent) waren sie – wie bereits bei den Vorwahlen – weit von einem Einzug in die Länderparlamente entfernt. Bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus im Oktober 1999 (-3,3 Prozentpunkte), den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein (-1,9 Prozentpunkte)

und Nordrhein-Westfalen (-2,9 Prozentpunkte) wurde trotz deutlicher Einbußen der Wiedererzug in die Parlamente nicht gefährdet.

Die **PDS** erzielte in Hamburg nur 0,4 Prozent der Stimmen und ist hier – ebenso wie in den anderen westlichen Bundesländern – nach wie vor eine zu vernachlässigende Größe. In Baden-Württemberg oder Rheinland-Pfalz ist die PDS nicht angetreten.

Die **rechtsextremen Parteien** erreichten in Hamburg nur noch 0,8 Prozent der Stimmen (-5,9 Prozentpunkte). Ein Großteil der ehemaligen DVU- und REP-Wähler votierte diesmal für die Schill-Partei. Auch bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und in Rheinland-Pfalz Anfang dieses Jahres blieben rechtsextreme Parteien deutlich unter der Sperrklausel. Für Baden-Württemberg bedeutete dies, dass die Republikaner nach zwei Legislaturperioden den Stuttgarter Landtag wieder verlassen mussten. Seit der letzten Bundestagswahl konnte die DVU lediglich in Brandenburg und Bremen Wahlerfolge verbuchen und in die Parlamente einziehen (die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt, bei der die DVU 12,9 Prozent erzielte, war vor der Bundestagswahl 1998). Bei allen anderen Wahlen lagen die Stimmenanteile der rechten Parteien deutlich unter der Fünf-Prozent-Marke.

Der Trend sinkender **Wahlbeteiligungen** wie er sich noch in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz gezeigt hatte, setzte sich in Hamburg nicht fort. Hier stieg die Wahlbeteiligung um 2,3 Prozentpunkte an.

**Wahlbeteiligung und Stimmenanteile der Parteien seit der Bundestagswahl 1998
(in Prozent)**

Bundesland	Wahltermin	Wahl- beteili- gung	CDU/ CSU	SPD	FDP	Bünd- nis 90 / Grüne	PDS	DVU / REP/ NPD
Bundestagswahl	27.09.1998	82,2	35,1	40,9	6,2	6,7	5,1	3,0
Europawahl	13.06.1999	45,2	48,7	30,7	3,0	6,4	5,8	1,7
Hessen	07.02.1999	66,4	43,4	39,4	5,1	7,2	-	2,7
Bremen	06.06.1999	60,1	37,1	42,6	2,5	8,9	2,9	0,3
Brandenburg	05.09.1999	54,3	26,5	39,3	1,9	1,9	23,3	6,0
Saarland	05.09.1999	68,7	45,5	44,4	2,6	3,2	0,8	1,3
Sachsen	19.09.1999	61,1	56,9	10,7	1,1	2,6	22,2	1,5
Thüringen	12.09.1999	59,9	51,0	18,5	1,1	1,9	21,3	0,8
Berlin	10.10.1999	65,5	40,8	22,4	2,2	9,9	17,7	2,7
Schleswig-Holstein	27.02.2000	69,5	35,2	43,1	7,6	6,2	1,4	1,0
Nordrhein-Westfalen	14.05.2000	56,7	37,0	42,8	9,8	7,1	1,1	1,1
Baden-Württemberg	25.03.2001	62,6	44,8	33,3	8,1	7,7	-	4,4
Rheinland-Pfalz	25.03.2001	62,1	35,3	44,7	7,8	5,2	-	2,4
Hamburg	23.09.2001	71,0	26,2	36,5	5,1	8,5	0,4	0,8

Veränderungen zur vorangegangenen Wahl
(in Prozentpunkten)

Bundestagswahl	27.09.1998	+3,2	-6,3	+4,5	-0,7	-0,6	+0,7	+1,1
Europawahl	13.06.1999	-14,8	+9,9	-1,5	-1,1	-3,7	+1,1	-2,2
Hessen	07.02.1999	+0,1	+4,2	+1,4	-2,3	-4,0	-	+0,7
Bremen	06.06.1999	-8,5	+4,5	+9,2	-0,9	-4,2	+0,5	-0,1
Brandenburg	05.09.1999	-2,0	+7,8	-14,8	-0,3	-1,0	+4,6	+4,9
Saarland	05.09.1999	-14,8	+6,9	-5,0	+0,5	-2,3	+0,8	-0,1
Sachsen	19.09.1999	+2,7	-1,2	-5,9	-0,6	-1,5	+5,7	+0,2
Thüringen	12.09.1999	-14,9	+8,4	-11,1	-2,1	-2,6	+4,7	-0,5
Berlin	10.10.1999	-3,1	+3,4	-1,2	-0,3	-3,3	+3,1	0
Schleswig-Holstein	27.02.2000	-2,3	-2,0	+3,3	+1,9	-1,9	+1,4	+1,0
Nordrhein-Westfalen	14.05.2000	-7,3	-0,7	-3,2	+5,8	-2,9	+1,1	-1,0
Baden-Württemberg	25.03.2001	-5,0	+3,5	+8,2	-1,5	-4,4	-	-4,7
Rheinland-Pfalz	25.03.2001	-8,7	-3,4	+4,9	-1,1	-1,7	-	-1,1
Hamburg	23.09.2001	+2,3	-4,5	+0,3	+1,6	-5,4	-0,3	-6,0

Quelle: Veröffentlichungen der Statistischen Landesämter

**Veränderungen der Stimmenanteile zur vorangegangenen Wahl
in einzelnen Bevölkerungsgruppen
(in Prozentpunkten)**

	CDU / CSU											
	1999							2000		2001		
	HE	HB	SL	BR	TH	S	B	SH	NRW	BW	RP	HH
Insgesamt	+4,2	+4,5	+6,9	+7,8	+8,4	-1,2	+3,4	-2,0	-0,7	+3,5	-3,4	-4,5
Männer	+5	+6	+7	+8	+10	-5	+2	-2	-2	+3	-4	-5
Frauen	+4	+3	+7	+7	+7	+2	+5	-3	+1	+4	-3	-4
18-24	+6	+3	+12	+13	+16	+1	+11	+1	+5	+4	-4	-1
25-34	+6	+8	+14	+14	+14	+1	+5	0	+4	+7	-4	-1
35-44	+4	+3	+6	+9	+9	0	+3	-1	-1	+4	-4	+1
45-59	+4	+2	+5	+6	+8	-4	-2	-3	-4	+1	-4	-7
60 u.ä.	+3	+5	-2	+2	+3	-1	0	-4	-3	+4	-4	-7
Arbeiter	+3	+1	+10	+18	+10	-4	+5	+0	+1	+9	-3	+2
Angestellte	+5	+5	+8	+19	+8	-1	-2	-2	+1	+2	-6	-4
Beamte	+1	+8	+14	+7	+24	-7	-4	-0	-4	-2	-2	-9
Selbständige	+7	+7	+5	+14	+14	-1	-3	+0	-7	+3	-9	-12
Hausfrauen	+4	+7	+4	-	+12	+12	-	-5	-2	+7	-4	-5
Rentner	+4	+4	+2	+1	+4	-3	+2	-2	-1	+4	-3	-6
in Ausbildung	+9	+1	+13	+18	+18	-1	+9	+3	+5	+5	-1	-1
Arbeitslose	+7	+5	+1	+9	+13	+4	+3	-7	-3	+10	-5	+4

	SPD											
	1999							2000		2001		
	HE	HB	SL	BR	TH	S	B	SH	NRW	BW	RP	HH
Insgesamt	+1,4	+9,2	-5,0	-14,8	-11,1	-5,9	-1,2	+3,3	-3,2	+8,3	+4,9	+0,3
Männer	+1	+8	-5	-17	-11	-5	0	+5	-3	+8	+4	-1
Frauen	+2	+11	-5	-12	-10	-7	-2	+4	-3	+9	+6	+2
18-24	-1	+8	-7	-20	-12	-4	-2	+4	-3	+7	+7	+2
25-34	+4	+6	-10	-21	-15	-6	-0	+7	-6	+9	+2	+5
35-44	+3	+14	-2	-17	-11	-7	-2	+7	-4	+11	+4	+1
45-59	-1	+11	-5	-14	-16	-6	-2	+3	-5	+11	+5	-1
60 u.ä.	+1	+8	0	-9	-6	-6	-1	0	-1	+5	+8	-2
Arbeiter	-3	+11	-9	-24	-19	-8	-1	+7	-7	+5	+3	-6
Angestellte	+3	+12	-6	-14	-10	-6	-2	+3	-4	+11	+5	+1
Beamte	+3	+10	-9	-9	-10	-1	-1	+8	-5	+12	+3	+6
Selbständige	+7	+5	+2	-20	-9	-1	+2	-1	-3	+10	+6	+7
Hausfrauen	0	+5	-4	-	-12	-10	-	+8	-1	+4	+6	-1
Rentner	0	+9	-4	-9	-6	-6	-3	+0	-3	+5	+6	-1
in Ausbildung	+4	+10	-4	-14	-7	-3	-1	+1	0	+12	+11	+8
Arbeitslose	-7	+1	+4	-15	-21	-10	+1	+3	0	+1	+12	-11

	FDP											
	1999							2000		2001		
	HE	HB	SL	BR	TH	S	B	SH	NRW	BW	RP	HH
Insgesamt	-2,3	-0,9	+0,5	-0,3	-2,1	-0,6	-0,3	+1,9	+5,8	-1,5	-1,1	+1,6
Männer	-3	-1	0	0	-3	0	0	+3	+7	-1	-0	+3
Frauen	-2	-1	+1	0	-2	-1	-1	+1	+5	-2	-2	+1
18-24	0	0	+1	+1	0	+1	0	+4	+6	-0	+2	+2
25-34	0	0	0	+1	-2	0	+1	+2	+7	-1	+3	+3
35-44	-2	0	-1	0	-3	-1	-1	+1	+6	-0	-1	+2
45-59	-3	-2	+1	-1	-3	-1	-1	+1	+7	-3	-3	+2
60 u.ä.	-3	-1	+1	-1	-1	-1	0	+3	+4	-2	-3	+1
Arbeiter	-1	0	-1	+1	-2	0	-1	+2	+5	-1	1	+1
Angestellte	-3	-2	0	0	-3	-1	0	+2	+7	-1	-1	+1
Beamte	-2	+1	+1	+1	-7	-2	-1	-3	+11	-1	-5	+3
Selbständige	-9	-6	+1	+1	-4	-3	-1	+5	+13	-5	-4	+4
Hausfrauen	-2	0	0	*	-2	-1	*	0	+4	-2	-1	+2
Rentner	-3	-1	+1	-1	-1	-1	-1	+3	+5	-2	-3	+1
in Ausbildung	0	+1	+2	0	0	+2	+2	+3	+8	-1	1	+2
Arbeitslose	+2	+3	-3	-1	-1	-1	0	+6	+1	+8	1	+4

	Bündnis 90 / Die Grünen											
	1999							2000		2001		
	HE	HB	SL	BR	TH	S	B	SH	NRW	BW	RP	HH
Insgesamt	-4,0	-4,2	-2,3	-1,0	-2,6	-1,5	-3,3	-1,9	-3,0	-4,4	-1,7	-5,4
Männer	-4	-4	-3	-1	-2	-2	-4	-2	-3	-4	-1	-5
Frauen	-4	-5	-2	-1	-3	-1	-3	-2	-3	-6	-3	-6
18-24	-10	-11	-8	-4	-7	-4	-10	-11	-10	-11	-7	-10
25-34	-12	-11	-4	-1	-3	-3	-5	-7	-7	-10	-4	-12
35-44	-6	-5	-1	-1	-3	-3	-2	-3	-4	-7	-1	-11
45-59	-1	0	-1	-1	-1	-1	-2	0	0	-2	+1	-2
60 u.ä.	0	-1	-2	0	-2	+1	-1		0	+0	-1	-1
Arbeiter	-2	-2	-1	0	-3	-2	-4	-3	0	-2	-0	-5
Angestellte	-5	-6	-3	-1	-3	-2	+1	-3	-4	-6	-2	-7
Beamte	-5	-2	-4	0	0	-1	+2	-4	-5	-6	+2	-11
Selbständige	-5	-3	-6	-2	-4	-2	+1	-3	-4	-5	+3	-4
Hausfrauen	-4	-	-2	-	-8	-4	-	-1	-2	-3	-2	-6
Rentner	0	-1	0	-1	-2	0	-1	+2	0	0	-0	-1
in Ausbildung	-15	-18	-11	-6	-8	-4	-11	-9	-15	-19	-10	-18
Arbeitslose	-9	-4	0	-1	-4	-4	-3	-4	-1	-8	-6	-4

	PDS											
	1999							2000		2001		
	HE	HB	SL	BR	TH	S	B	SH	NRW	BW	RP	HH
Insgesamt				+4,6	+4,7	+5,7	+3,1					
Männer				+5	+3	+7	+3,0					
Frauen				+5	+5	+4	+3,3					
18-24				0	-2	0	0					
25-34				-2	+2	+1	+2					
35-44				+4	+4	+6	+3					
45-59				+7	+9	+9	+3					
60 u.ä.				+8	+4	+6	+5					
Arbeiter				+6	+7	+5	+2					
Angestellte				+5	+6	+7	+4					
Beamte				+2	-11	-11	+1					
Selbständige				+3	+3	+6	+4					
Hausfrauen				*	+8	0	*					
Rentner				+8	+5	+6	+5					
in Ausbildung				-4	-16	0	+1					
Arbeitslose				+1	+8	+6	+2					

Quelle: Infratest dimap, Wahltagsbefragungen; * = keine Zahlen vorhanden

5.2 Ausgewählte Indikatoren der politischen Stimmungslage seit der Bundestagswahl 1998 im Vergleich

Zufriedenheit mit Bundesregierung / Landesregierungen (in Prozent)

	Zufrieden	Unzufrieden
Bundestagswahl 1998	31	68
Europawahl 1999	23	74
Hessen 1999	51	47
Bremen 1999	56	40
Saarland 1999	44	54
Brandenburg 1999	46	51
Sachsen 1999	68	27
Thüringen 1999	53	42
Berlin 1999	35	61
Schleswig-Holstein 2000	58	38
Nordrhein-Westfalen 2000	50	45
Baden-Württemberg 2001	62	34
Rheinland-Pfalz 2001	66	31
Hamburg 2001	41	55

Quelle: Infratest dimap, Vorwahlauffragen

Ministerpräsidentenpräferenz (in Prozent)

	CDU/CSU		SPD		Differenz
Bundestagswahl 1990	Kohl	39	51	Schröder	-12
Hessen 1999	Koch	31	44	Eichel	-13
Bremen 1999	Perschau	24	66	Scherf	-42
Saarland 1999	Müller	32	46	Klimmt	-14
Brandenburg 1999	Schönbohm	22	70	Stolpe	-48
Sachsen 1999	Biedenkopf	86	7	Kunckel	+79
Thüringen 1999	Vogel	68	22	Dewes	+46
Berlin 1999	Diepgen	66	17	Momper	+49
Schleswig-Holstein 2000	Rühe	35	59	Simonis	-24
Nordrhein-Westfalen 2000	Rüttgers	25	61	Clement	-36
Baden-Württemberg 2001	Teufel	47	41	Vogt	+6
Rheinland-Pfalz 2001	Böhr	19	69	Beck	-50
Hamburg 2001	von Beust	43	44	Runde	-1

Quelle: Infratest dimap, Vorwahlauffragen

**Problemlösungskompetenzen von CDU/CSU und SPD
(in Prozent)**

Zukunftskompetenz	CDU/CSU	SPD	Differenz
Bundestagswahl 1998	30	39	-9
Europawahl 1999	37	37	0
Hessen 1999	31	43	-12
Bremen 1999	31	34	-3
Saarland 1999	37	33	+4
Brandenburg 1999	-	-	-
Sachsen 1999	47	15	+32
Thüringen 1999	36	26	+10
Berlin 1999	43	18	+25
Schleswig-Holstein 2000	29	46	-14
Nordrhein-Westfalen 2000	26	43	-17
Baden-Württemberg 2001	38	26	+12
Rheinland-Pfalz 2001	24	38	-14
Hamburg 2001	28	35	-7

Arbeitslosigkeit	CDU/CSU	SPD	Differenz
Bundestagswahl 1998	28	43	-15
Europawahl 1999	38	37	+1
Hessen 1999	32	46	-14
Bremen 1999	37	34	+3
Saarland 1999	40	32	+8
Brandenburg 1999	29	36	-7
Sachsen 1999	48	13	+35
Thüringen 1999	47	22	+25
Berlin 1999	39	21	+18
Schleswig-Holstein 2000	34	45	-11
Nordrhein-Westfalen 2000	30	47	-17
Baden-Württemberg 2001	40	32	+8
Rheinland-Pfalz 2001	26	43	-17
Hamburg 2001	30	41	-11

Soziales	CDU/CSU	SPD	Differenz
Bundestagswahl 1998	20	54	-34
Europawahl 1999	26	50	-24
Hessen 1999	22	54	-32
Bremen 1999	15	59	-44
Saarland 1999	28	45	-17
Brandenburg 1999	-	-	-
Sachsen 1999	38	20	+18
Thüringen 1999	32	33	-1
Berlin 1999	25	31	-6
Schleswig-Holstein 2000	19	58	-39
Nordrhein-Westfalen 2000	20	52	-32
Baden-Württemberg 2001	26	41	-15
Rheinland-Pfalz 2001	19	46	-27
Hamburg 2001	19	41	-22

Wirtschaft	CDU/CSU	SPD	Differenz
Bundestagswahl 1998	47	33	+14
Europawahl 1999	56	29	+27
Hessen 1999	38	44	-6
Bremen 1999	45	33	+12
Saarland 1999	42	35	+7
Brandenburg 1999	41	34	+7
Sachsen 1999	68	9	+59
Thüringen 1999	62	20	+42
Berlin 1999	60	17	+43
Schleswig-Holstein 2000	36	45	-9
Nordrhein-Westfalen 2000	34	46	-12
Baden-Württemberg 2001	55	20	+35
Rheinland-Pfalz 2001	32	38	-6
Hamburg 2001	34	43	-9

Asyl / Ausländer	CDU/CSU	SPD	Differenz
Bundestagswahl 1998	37	24	+13
Europawahl 1999	35	35	0
Hessen 1999	34	28	+6
Bremen 1999	25	40	-15
Saarland 1999	32	37	-5
Brandenburg 1999	-	-	-
Sachsen 1999	32	22	+10
Thüringen 1999	28	30	-2
Berlin 1999	32	24	+8
Schleswig-Holstein 2000	25	45	-20
Nordrhein-Westfalen 2000	24	39	-15
Baden-Württemberg 2001	28	31	-3
Rheinland-Pfalz 2001	23	38	-15
Hamburg 2001	24	30	-6

Quelle: Infratest dimap, Vorwahlumfragen